

Rechtsschutz-Versicherung für Geschäftsführer von Unternehmen



Informationen zum Versicherungsprodukt – Stand 07/2019

Gesellschaft: ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia

Produkt: "ARAG Rechtsschutz Executive v.1"

Die vollständigen vorvertraglichen und vertraglichen Informationen zu dem Produkt sind in anderen Dokumenten enthalten.

Um was für eine Art von Versicherung handelt es sich?

Diese Police versichert den Rechtsschutz, einschließlich der Kosten, die von der Gegenseite nicht zu ersetzen sind, die für die außergerichtliche und gerichtliche Verteidigung der Interessen des Versicherten in den unten aufgeführten Fällen notwendig sind.



Was ist versichert?

RECHTSSCHUTZ UNTERNEHMENSTÄTIGKEIT

- ✓ Strafverteidigung wegen Vorsatz und Fahrlässigkeit
- ✓ Sicherheitspaket
- ✓ Beantragung von Schadenersatz aus unerlaubter Handlung Dritter
- ✓ Abwehr außervertraglicher Schadenersatzforderungen
- ✓ Beziehung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft zum Rechtsstreit (D&O)

VERKEHRSRECHTSSCHUTZ

- ✓ Beantragung von Schadenersatz für Personen- und/oder Sachschäden aus unerlaubten Handlungen Dritter im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr
- ✓ Strafverteidigung wegen Fahrlässigkeitsdelikten im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall
- ✓ Freigabeverfahren für das Fahrzeug
- ✓ Bevorschussung der Strafkautions im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall im Ausland
- ✓ Unterstützung durch einen Dolmetscher im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall im Ausland
- ✓ Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Zusatzstrafen wie Führerscheinentzug, -aussetzung oder -widerruf, die infolge eines Verkehrsunfalls verhängt werden

Die Police sieht folgende Höchstbeträge pro Schadensfall /pro Versicherungsjahr vor:

€ 11.000 \ € 50.000
€ 20.000 \ € 120.000
€ 25.000 \ € 150.000
€ 30.000 \ € 180.000
€ 40.000 \ € 240.000
€ 50.000 \ € 300.000
€ 75.000 \ € 500.000

Die Leistung Verteidigung in Strafverfahren wegen Fahrlässigkeitsdelikten und Zuwiderhandlungen wird mit einem Höchstbetrag von € 100.000 pro Schadensfall erbracht, wenn dem Fahrer die Straftaten fahrlässige Tötung oder schwere bzw. schwerste Körperverletzung im Straßenverkehr zur Last gelegt werden.

Rückwirkende Kraft (Optional)
Amtshaftung (Optional)



Was ist nicht versichert?

- ✗ Steuer- und Verwaltungssachen
- ✗ Streitigkeiten um Patent-, Marken-, Urheber-, Exklusivrechte oder unlauteren Wettbewerb
- ✗ Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Verkehrsteilnahme, dem Eigentum oder dem Lenken von Wasser- oder Luftfahrzeugen
- ✗ nicht zufällige Ereignisse der Umweltverschmutzung
- ✗ Vorsatzdelikte der versicherten Personen
- ✗ Streitigkeiten zwischen Versicherten
- ✗ Sachverhalte im Zusammenhang mit Fusionen, Veränderungen oder Umstellungen von Gesellschaften
- ✗ Kaufverträge für oder Inzahlungnahme von Immobilien
- ✗ Verstöße gegen die Bestimmungen, die das Fahren unter Einfluss von Alkohol oder Drogen verbieten, oder gegen die Bestimmungen bezüglich unterlassenem Anhalten und unterlassener Hilfeleistung
- ✗ Vertragsstreitigkeiten mit Kunden wegen Nichterfüllung einer der Parteien bezüglich Dienstleistungen oder Warenlieferungen, die vom Versicherungsnehmer im Rahmen seiner Tätigkeit erbracht werden.

Das sind nur Beispiele. Die vollständige Auflistung der Ausschlüsse findet sich in den Versicherungsbedingungen.



Gibt es Einschränkungen für den Versicherungsschutz?

- ! Es ist eine Karenzzeit von 90 Tagen für Vertragsstreitigkeiten vorgesehen. Während dieser Zeit gilt die Police nicht für diese Art von Streitigkeiten.
- ! Der Versicherungsschutz Beziehung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft zum Rechtsstreit wird nur für die Anwaltskosten zur Abfassung der Beziehungsschrift und mit einem untergeordneten Höchstbetrag von € 1.000 gewährt.

Das sind nur Beispiele. Die vollständige Auflistung der Einschränkungen findet sich in den Versicherungsbedingungen.



Wo gilt der Versicherungsschutz?

- ✓ Versichert sind Sie für Schadensfälle, die in einem der folgenden Länder eingetreten sind und dort den zuständigen Gerichtsstand haben:
 - in Europa oder in den außereuropäischen Mittelmeeranrainerstaaten, wenn es um Strafverteidigung, um Freigabeverfahren für das Fahrzeug, um die Bevorschussung der Strafkautions, um den Beistand eines Dolmetschers, um Schadenersatzforderungen gegenüber Dritten und um die Abwehr außervertraglicher Ersatzansprüche Dritter geht;
 - in der italienischen Republik, in der Vatikanstadt und in der Republik San Marino, wenn es um Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Sanktionen geht
 - in den Ländern der Europäischen Union, in der Vatikanstadt, in der Republik San Marino, im Fürstentum Monaco, in der Schweiz und in Liechtenstein, wenn es um die Beziehung der Haftpflichtversicherungsgesellschaft zum Rechtsstreit geht.
- ✓ Nicht versichert sind Sie für Versicherungsfälle, die außerhalb der genannten Länder eintreten.



Welche Pflichten habe ich?

Wenn Sie den Vertrag unterzeichnen, sind Sie verpflichtet, wahre, genaue und vollständige Angaben über das zu versichernde Risiko zu machen und der Gesellschaft während der Vertragslaufzeit Änderungen mitzuteilen, die das versicherte Risiko erhöhen. Unwahre oder ungenaue Angaben oder das Verschweigen von Umständen, die das Risiko erhöhen, können zum vollständigen oder teilweisen Verlust des Anspruchs auf die Versicherungsleistungen sowie zum Erlöschen der Versicherung führen.



Wann und wie muss ich bezahlen?

Die Prämie muss bei Ausstellung der Police und bei deren Verlängerung bezahlt werden. Sie können die Bezahlung in Halbjahresraten beantragen, mit einer Prämienenerhöhung um 4% mindestens aber um € 5. In diesem Fall werden die Raten zu den halbjährlichen Fälligkeiten bezahlt. Bezahlen können Sie mit Bank- oder Postüberweisung, nicht übertragbarem Bank-, Zirkular- oder Postscheck, Posterslagschein, Postanweisung, Bargeld, Kredit- und Debitkarten.



Wann beginnt und wann endet der Versicherungsschutz?

Der Versicherungsschutz beginnt um 24 Uhr des in der Police angegebenen Tages, sofern die Prämie und eventuelle Zusatzleistungen bezahlt wurden; anderenfalls beginnt er um 24 Uhr des Tages, an dem die Zahlung erfolgt, unbeschadet der in der Police festgesetzten Fälligkeiten. Der Vertrag hat die in der Police festgelegte Laufzeit und verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr.



Wie kann ich die Police kündigen?

Wenn Sie den Vertrag kündigen wollen, schicken Sie die Kündigung mindestens 30 Tage vor Fälligkeit der Versicherung per Einschreiben an das Postfach 61 - 26100 Cremona (CR) oder per Fax.

Nach jeder Schadensmeldung und bis zum 30. Tag nach der Schadenregulierung können die Parteien mit einer Kündigungsfrist von mindestens 15 Tagen per Einschreiben mit Rückantwort, rechtlich gleichwertigen Mitteln oder Telefax vom Vertrag zurücktreten.



Rechtsschutzversicherung für Geschäftsführer von Unternehmen

Vorvertragliche Zusatzinformationen über Versicherungsprodukte der Sparte Schaden

Unternehmen: ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia

Produkt: "ARAG Rechtsschutz Executive V.1 "

Letzter veröffentlichter Stand dieses Dokuments 07/2019

Das vorliegende Dokument liefert zusätzliche Informationen und ergänzt die vorvertraglichen Informationen zu den Versicherungsprodukten der Sparte Schaden, damit der potentielle Versicherungsnehmer die Produktmerkmale, die vertraglichen Verpflichtungen und die Vermögenslage des Unternehmens besser verstehen kann.

Vor der Vertragsunterzeichnung muss der Versicherungsnehmer die Versicherungsbedingungen einsehen.

ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia ist die italienische Filiale der ARAG SE - Societas Europaea mit Geschäftssitz in 40472 Düsseldorf (Deutschland), ARAG Platz 1, eine Gesellschaft des ARAG Konzerns. Generalvertretung und Direktion für Italien: Verona, Viale del Commercio, 59, 37135. Tel.: 045 8290411 - Fax: 045 8290449.

Internet: www.arag.it - E-Mail: arag@arag.it - PEC: arag@pec.arag.it

Eingetragen am 20.08.2012 in das Verzeichnis der Versicherungsunternehmen, Liste I, Nr. I.00108 (EU-Unternehmen mit Genehmigung zur Ausübung seiner Tätigkeit im Rahmen der Niederlassungsfreiheit). Unter der Aufsicht der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

INFORMATIONEN ÜBER DEN ZULETZT GENEHMIGTEN JAHRESABSCHLUSS DER ARAG SE DES GESCHÄFTSJAHRES 2018.

Gesamtbetrag der Eigenmittel: € 451 Millionen, berechnet nach den deutschen Buchhaltungsgrundsätzen (HGB) und nach den in Deutschland geltenden Bestimmungen.

- Anteil der Eigenmittel in Form von Gesellschaftskapital: € 100 Millionen;
- Anteil der Eigenmittel in Form nichtversicherungstechnischer Rücklagen: € 319 Millionen.

Der Bericht über Solvabilität und Finanzlage des Unternehmens (SFCR) ist auf der Webseite <https://www.arag.de/service/infos-und-news/blaetterkataloge/?catalog=arag-se-en-sfcr-2017> verfügbar.

Höhe der Solvenzkapitalanforderung (SCR): € 358 Millionen;

Höhe der Mindestkapitalanforderung (MCR): € 160 Millionen;

Höhe der anrechenbaren Eigenmittel: € 1.196 Millionen;

Solvabilitätsindex (Solvency Ratio) zum 31. Dezember 2018: 334,1 %. Dieser Index, berechnet auf der Grundlage der Bestimmungen über die angemessene Eigenmittelausstattung von Versicherungsunternehmen (sog. Solvency II Richtlinie), ist das Verhältnis zwischen den anrechenbaren Eigenmitteln und dem Solvency Capital Requirement (SCR), also jenem Kapital, das im Unternehmen vorhanden sein muss, um hohe, unerwartete Verluste ausgleichen und eine angemessene Sicherheit für die Versicherten gewährleisten zu können.

Die Solvenzkapitalanforderungen werden auf der Grundlage des partiellen internen Modells berechnet, zu dessen Verwendung die Gesellschaft von der deutschen Versicherungsaufsicht (BaFin) ermächtigt wurde.

Der Vertrag untersteht dem italienischen Gesetz.



Was ist versichert?


Es gibt keine zusätzlichen Informationen zu denen, die in den Informationen über das Versicherungsprodukt und dessen Leistungen geliefert werden. Das Ausmaß der Leistungsverpflichtung des Unternehmens hängt von den Höchstbeträgen ab, die mit dem Versicherungsnehmer vereinbart werden.


Welche Optionen / individuelle Gestaltungen sind möglich?


OPTIONEN MIT BEZAHLUNG EINER ZUSATZPRÄMIE (Kurze Beschreibung der Option und Modalitäten zur Ausübung)

Rückwirkende Kraft	1 (ein) / 2 (zwei) / 3 (drei) / 4 (vier) / 5 (fünf) Jahre Rückwirkung vor Inkrafttreten des Vertrages für strafrechtliche Streitigkeiten wegen Vorsatz, Fahrlässigkeit und Zuwiderhandlungen sowie, falls die Zusatzbedingung „Amtshaftung“ erworben wurde, auch für Verfahren vor dem Rechnungshof.
Amtshaftung Rechnungshof	Verteidigung in Verfahren wegen Amtshaftung, in Verfahren vor dem Rechnungshof. Versichert sind die Kosten für die Verteidigung in Verfahren und bei Klagen gegenüber dem Versicherten im Zusammenhang mit der Amtshaftung, bei Beanstandung von Vorsatz nur im Falle eines Freispruchs oder einer Abstufung.

Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Sanktionen	Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Sanktionen, einschließlich verwaltungsrechtlicher Geldstrafen in Höhe von mindestens € 1.000.
---	---

 Was ist NICHT versichert?	
Ausschlüsse	<p>Neben den in der Produktinformation bereits genannten Ausschlüssen, gilt der Versicherungsschutz nicht:</p> <ul style="list-style-type: none"> • für erb- oder schenkungsrechtliche Streitigkeiten; • für Ereignisse, die in ursächlichem Zusammenhang mit öffentlichen Aufständen, inneren Unruhen, Krieg, Terrorakten, Vandalismus, Erdbeben, Streik und Aussperrung, Besitz oder Verwendung radioaktiver Substanzen stehen, sowie für Ereignisse in ursächlichem Zusammenhang mit erklärten Naturkatastrophen oder entsprechenden Alarmzuständen; • für die Bezahlung von Geldstrafen, Geldbußen und Sanktionen im Allgemeinen; • für Streitigkeiten über Miete, Eigentum, Verwendung und Werklieferungs- oder Weitervergabeverträge im Zusammenhang mit der Restaurierung und Sanierung, der Umstrukturierung und dem Neubau von Gebäuden, einschließlich der damit zusammenhängenden Verträge über die Lieferung und den Einbau von Material oder Anlagen; • für Streitigkeiten aus der Ausübung des Ärzteberufs oder anderer Heilnebenberufe oder aus der Erbringung von Fürsorge-/Pflegeleistungen; • bei Beitritt zu einer Sammelklage (Class action); • für Streitigkeiten mit der Gesellschaft; • wenn der Fahrer sich weigert, sich den Untersuchungen zu unterziehen, die bei Trunkenheit am Steuer vorgesehen sind; • für Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Sammlung, Verwertung, Beseitigung, Bergung, Sanierung von Abfällen oder anderen, mit der Abfallwirtschaft verbundenen Leistungen.

 Gibt es Einschränkungen für den Versicherungsschutz?	
<p>Neben den in der Produktinformation bereits genannten Einschränkungen, sieht die Versicherung folgende Deckungsgrenzen vor:</p> <p>Strafverteidigung wegen Vorsatzdelikten: Die Gesellschaft streckt dem Versicherungsnehmer, solange ein rechtskräftiges Urteil noch aussteht, die Anwaltskosten bis zu einem Höchstbetrag von € 5.000 / 10.000/ 15.000 vor.</p> <p>Im Rahmen des Sicherheitspakets ist die Leistung für die Einlegung von Einspruch/Rechtsmitteln gegen verwaltungsbehördliche Verfügungen oder Sanktionen, Geldstrafen oder sonstige Sanktionen, in Höhe von mindestens € 250 wirksam.</p> <p>Bevorschussung der Strafkautions. Die Gesellschaft streckt maximal einen in lokaler Währung gleichwertigen Betrag von € 15.000 vor.</p> <p>In der Zusatzbedingung "Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Sanktionen" muss der Wert der verwaltungsrechtlichen Sanktion mindestens € 1.000 betragen.</p> <p>Amtshaftung. Die Gesellschaft streckt dem Versicherungsnehmer die Anwaltskosten bis zu maximal € 5.000 vor, solange ein rechtskräftiges Urteil noch aussteht.</p> <p>Die Versicherung sieht ausdrücklich Regressmaßnahmen gegenüber dem Versicherungsnehmer/Versicherten für die Beträge vor, die von der Gesellschaft getragen oder vorgestreckt wurden, sofern sie von der Gegenpartei ersetzt werden.</p>	

 Welche Pflichten habe ich? Welche Pflichten hat das Unternehmen?	
Was ist im Schadensfall zu tun	<p>Schadensmeldung: Der Versicherte muss der Gesellschaft jeden Schadensfall unverzüglich melden, sobald er davon Kenntnis erlangt, und auf jeden Fall unter Einhaltung der gesetzlichen Verjährungsfrist. Der Versicherte kann neue Schadensfälle melden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • per E-Mail an die Adresse denunce@arag.it unter Verwendung der Vorlage, die auf der Webseite www.arag.it verfügbar ist; • auf dem normalen Postweg an das Postfach Casella Postale 61 - 26100 Cremona (CR); • per Fax an die Nummer +39 045.8290 557. <p>Für die anschließende Schadenbearbeitung (Schriftwechsel bezüglich bereits eröffneter Schäden), kann er die E-Mail-Adresse sinistri@arag.it, die Fax-Nummer +39 045.8290 449 und den normalen Postweg an das Postfach Casella Postale 61 - 26100 Cremona (CR) verwenden.</p> <p>Die Schadensmeldung muss bei der Gesellschaft spätestens 24 Monate nach Beendigung des Vertrages eingehen.</p>

	<p>Direkte Betreuung/Betreuung unter Rahmenvereinbarungen: Einige Leistungen können für den Versicherten direkt von Sachverständigen oder Anwälten erbracht werden, die mit der Gesellschaft zusammenarbeiten.</p> <p>Schadenbearbeitung durch andere Unternehmen: Die Schadenbearbeitung wird nicht an andere Gesellschaften abgegeben.</p> <p>Verjährung: Das Recht auf die Schadensmeldung verjährt in 2 Jahren ab dem Tag, an dem sich der Vorfall, aus dem sich der Anspruch ergibt, ereignet hat.</p>
<p>Ungenauere Angaben oder das Verschweigen von Umständen</p>	<p>Ungenauere Angaben oder das Verschweigen von Umständen seitens des Versicherungsnehmers oder des Versicherten, die bei Abschluss des Vertrages oder während dessen Laufzeit die Risikobewertung beeinflussen, können zum vollständigen oder teilweisen Verlust des Anspruchs auf die Versicherungsleistungen sowie zum Erlöschen der Versicherung führen.</p> <p>Erlangt die Gesellschaft Kenntnis über erschwerende Umstände, die eine höhere Prämie bedingen, kann sie eine entsprechende Anpassung der geltenden Bedingungen verlangen.</p> <p>Im Falle einer Risikoverringerung muss die Gesellschaft die nach entsprechender Mitteilung durch den Versicherungsnehmer fällig werdende Prämie bzw. Prämienraten verringern und verzichtet auf das Rücktrittsrecht.</p>
<p>Pflichten des Unternehmens</p>	<p>ARAG zahlt die versicherten Kosten innerhalb von 30 Tagen ab Festlegung des geschuldeten Betrags.</p>

Wann und wie muss ich bezahlen?

<p>Prämie</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die Bezahlung muss mit den von den geltenden Bestimmungen zugelassenen Zahlungsmitteln erfolgen. Die Prämie und der Höchstbetrag sind an den "Index der Verbraucherpreise der Arbeitnehmer- und Angestelltenhaushalte" gebunden, der vom zentralen Institut für Statistik - ISTAT - in Rom veröffentlicht wird. Die Prämie wird mit dem Prozess der Prämienabrechnung angepasst. Die für die Versicherung bezahlte Prämie unterliegt dem derzeit gültigen Steuersatz in Höhe von 12,50% der Jahresprämie für den Bereich Straßenverkehr und in Höhe von 21,25% der Jahresprämie für den restlichen Teil. - Die Möglichkeiten einer Ratenzahlung und die entsprechenden wirtschaftlichen Bedingungen sind in der Produktinformation beschrieben. - Es ist keine Verwendung von Multilevel-Marketing-Techniken vorgesehen..
<p>Erstattung</p>	<p>Nach jeder Schadensmeldung und bis zum 30. Tag nach der Schadenregulierung können die Parteien mit einer Vorankündigung von mindestens 15 Tagen vor Wirksamkeit der Kündigung mit einer schriftlichen Mitteilung per Einschreiben mit Rückantwort, gesetzlich gleichwertigen Kommunikationsmitteln oder Telefax vom Vertrag zurücktreten. In jedem Fall steht dem Versicherungsnehmer die Rückerstattung des Nettoprämienanteils für den bezahlten und nicht in Anspruch genommenen Versicherungszeitraum zu.</p>

Wann beginnt und wann endet der Versicherungsschutz?

<p>Laufzeit</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Der Vertrag hat die in der Police festgelegte Laufzeit und verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr. - Der Versicherungsschutz wird für Versicherungsfälle geleistet, die auftreten: 3 Monate nach Vertragsbeginn, sofern es um die Beziehung der D&O-Haftpflichtversicherungsgesellschaft zum Rechtsstreit geht; während der Laufzeit der Police in allen anderen Fällen.
<p>Aussetzung</p>	<p>Die Möglichkeit einer Aussetzung der Versicherungsleistungen ist nicht vorgesehen.</p>

Wie kann ich die Police kündigen?

<p>Sinnesänderung nach Abschluss</p>	<p>Es ist kein Widerrufsrecht nach Vertragsabschluss vorgesehen.</p>
<p>Lösung</p>	<p>Es sind keine Fälle der Vertragslösung vorgesehen.</p>

An wen wendet sich dieses Produkt?

<p>Kunde ist die juristische Person, die eine Unternehmenstätigkeit ausübt und ihre Verwaltungsratsmitglieder / Führungskräfte / Manager schützen will.</p>



Welche Kosten muss ich tragen?

Der Anteil, der im Durchschnitt von dem Versicherungsunternehmen an die Vermittler abgetreten wird, belief sich nach den buchhalterischen Aufzeichnungen im Geschäftsjahr 2018 auf 24,90 % der Nettoprämie.

WIE KANN ICH BESCHWERDEN VORBRINGEN UND STREITFÄLLE LÖSEN?

Bei der Versicherungsgesellschaft	<p>Eventuelle Beschwerden müssen schriftlich bei der zuständigen Funktion der Gesellschaft eingereicht werden:</p> <p>ARAG SE - Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia – Servizio Reclami, Viale del Commercio 59 – 37135 Verona VR, Fax +39 045.8290499, E-Mail servizio.reclami@arag.it.</p> <p>ARAG ist verpflichtet, dem Beschwerdeführer innerhalb von 45 Tagen ab Erhalt der Beschwerde zu antworten.</p> <p>Beschwerden über das Verhalten der Agenten und deren Angestellten/Mitarbeiter, deren sie sich zur Versicherungsvermittlung bedient, wird ARAG innerhalb der Maximalfrist von 45 Tagen direkt bearbeiten. Diese Frist kann maximal 15 Tage lang ausgesetzt werden, falls zusätzliche Ermittlungen notwendig sind. Beschwerden über das Verhalten anderer Vermittler (Banken und Broker) sowie deren Angestellter/Mitarbeiter, können direkt an diese gerichtet werden und müssen auch von diesen selbst bearbeitet werden. Erhält ARAG Beschwerden dieser Art, wird sie diese an den betroffenen Vermittler weiterleiten und den Beschwerdeführer entsprechend informieren.</p>
Bei der Aufsichtsbehörde	<p>Sollte der Kunde mit dem Ergebnis seiner Beschwerde nicht zufrieden sein oder sollte er innerhalb der vorgesehenen Maximalfrist keine Antwort erhalten, kann er sich an die Aufsichtsbehörde wenden: IVASS, Via del Quirinale 21 - 00187 Rom, Fax 06.42133206, pec: ivass@pec.ivass.it . Info unter: www.ivass.it</p> <p>Es sei darauf hingewiesen, dass ARAG SE ihren Geschäftssitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat (Deutschland) hat und in Italien im Rahmen der Niederlassungsfreiheit tätig ist. Sie untersteht deshalb der Aufsicht der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), an die eventuelle Beschwerden gerichtet werden können.</p>
VOR ANRUFUNG DER GERICHTSBEHÖRDEN gibt es alternative Möglichkeiten zur Lösung von Streitigkeiten, wie:	
(obligatorische) Mediation	Anrufung einer Mediationsstelle, die in der entsprechenden Liste des Justizministeriums aufgeführt ist, die auf der Webseite www.giustizia.it verfügbar ist. (Gesetz 9/8/2013, Nr. 98)
Übereinkommen mit anwaltlicher Beteiligung	Durch Antragsstellung durch den eigenen Anwalt bei der Gesellschaft.
Weitere Alternativen zur Lösung von Streitigkeiten	<p>Die Gesellschaft verpflichtet sich, sowohl bei der Angebotsstellung, als auch bei der Vertragsabwicklung Vorgänge zu vermeiden, bei denen sie einen direkten oder indirekten Interessenskonflikt hat. Der Vertrag sieht vor, dass die Gesellschaft und der Versicherungsnehmer, bei Interessenskonflikt oder Uneinigkeit über die Schadenbearbeitung, die Entscheidung einem Schiedsrichter übergeben können.</p> <p>Zur Lösung grenzüberschreitender Streitfragen zwischen einem Verbraucher bzw. Versicherungsnehmer eines Mitgliedsstaates und einem Unternehmen mit Geschäftssitz in einem anderen Mitgliedsstaat, kann der in Italien ansässige Beschwerdeführer seine Reklamation einreichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei der IVASS, die sie an die für die außergerichtliche Beilegung zuständige ausländische Stelle weiterreicht, den Beschwerdeführer darüber informiert und ihm dann die Antwort mitteilt; - direkt bei der zuständigen Stelle des Mitgliedsstaates oder des Staates des EWR (Europäischer Wirtschaftsraum), in dem das betroffene Versicherungsunternehmen seinen Sitz hat (die Stelle ist auf der Webseite http://www.ec.europa.eu/fin-net angegeben), wobei er die Aktivierung des FIN-NET-Verfahrens beantragt, eines Netzes zur Zusammenarbeit zwischen nationalen Einrichtungen.

FÜR DIESEN VERTRAG VERFÜGT DIE GESELLSCHAFT ÜBER EINEN SPEZIELLEN INTERNETBEREICH FÜR DEN VERSICHERUNGSNEHMER (sog. HOME INSURANCE). DORT KÖNNEN SIE NACH ABSCHLUSS DER POLICE ZUGANG ERHALTEN.

Rechtsschutzversicherung für Geschäftsführer von Unternehmen

Versicherungsbedingungen einschließlich Glossar

Gesellschaft: ARAG SE Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia

Produkt: "ARAG Rechtsschutz Executive v.1" Stand.07/2019

Glossario

Ai seguenti termini la Società ed il Contraente attribuiscono convenzionalmente questi significati:

Anno assicurativo: periodo di tempo pari a 365 giorni, o a 366 giorni in caso di anno bisestile, che decorre dalla data di stipula della polizza.

Arbitrato: istituto con il quale le parti, di comune accordo, rinunciano ad adire l'Autorità giudiziaria ordinaria per la risoluzione di controversie concernenti l'interpretazione o l'esecuzione del contratto.

Assicurato: soggetto il cui interesse è protetto dall'assicurazione.

Controparte: la parte avversaria in una controversia.

Contraente: soggetto che stipula la polizza assicurativa.

Danno di natura contrattuale: danno dovuto ad un inadempimento o violazione di una obbligazione assunta tramite un contratto scritto o verbale.

Danno extracontrattuale: danno ingiusto conseguente a fatto illecito.

Delitto colposo: è solo quello espressamente previsto come tale (e a tale titolo contestato) dalla legge penale e commesso per negligenza, imperizia, imprudenza o inosservanza di leggi, ma senza volontà né intenzione di causare l'evento lesivo.

Delitto doloso: qualsiasi delitto all'infuori di quelli espressamente previsti dalla legge come colposi o preterintenzionali.

Derubricazione del reato: qualificazione giuridica del reato diversa da quella inizialmente enunciata nell'imputazione (per esempio da doloso a colposo).

Disdetta: atto con il quale viene comunicata l'intenzione di non rinnovare più, alla scadenza, la polizza assicurativa.

Fase giudiziale: fase nella quale ci si rivolge all'Autorità giudiziaria per definire una controversia.

Fase stragiudiziale: fase della controversia nella quale non ci si è ancora rivolti all'Autorità giudiziaria, perché si sta tentando una possibile definizione bonaria della vertenza.

Incidente: sinistro dovuto a caso fortuito, imperizia, negligenza, inosservanza di norme o regolamenti, connesso con la circolazione stradale.

Indennizzo/Risarcimento: somma dovuta dalla Società in caso di sinistro.

Ivass (precedentemente denominato Isvap): Istituto per la Vigilanza sulle assicurazioni

Massimale per sinistro: somma massima liquidabile dalla Società per ogni sinistro denunciato limitatamente agli oneri previsti dalla polizza assicurativa.

Massimale per anno assicurativo: somma massima liquidabile dalla Società per i sinistri insorti nello stesso anno assicurativo, anche se denunciati in momenti diversi, limitatamente agli oneri previsti dalla polizza assicurativa.

Mediazione: istituto giuridico introdotto con il Decreto Legislativo n. 28 del 4 marzo 2010, per la composizione dei conflitti tra soggetti privati relativi a diritti disponibili

Negoziante assistita: accordo disciplinato dal Decreto Legge n. 132 del 12 settembre 2014, mediante il quale le parti convengono di cooperare in buona fede e con lealtà per risolvere in via amichevole la controversia tramite l'assistenza di avvocati iscritti all'albo.

Perito: libero professionista incaricato dall'impresa di assicurazione di stimare l'entità del danno subito dall'assicurato o, nelle assicurazioni della responsabilità civile, dal terzo danneggiato in conseguenza di un sinistro.

Polizza: il documento contrattuale che disciplina i rapporti tra Società, Contraente e Assicurato composto dalle Condizioni di Assicurazione

Premio: somma dovuta alla Società dal Contraente a corrispettivo dell'assicurazione.

Querela: azione per mezzo della quale una persona che si ritiene offesa o danneggiata da reati non perseguibili d'ufficio chiede agli organi giudiziari di procedere contro il colpevole.

Reato: violazione di norme penali. I reati si distinguono in delitti o contravvenzioni e comportano pene diverse, detentive e/o pecuniarie (per delitti: reclusione, multa; per contravvenzioni: arresto, ammenda). I delitti si dividono poi, in base all'elemento soggettivo, in delitti dolosi, delitti preterintenzionali, delitti colposi, mentre nelle contravvenzioni la volontà è irrilevante.



Ricorso amministrativo: è quello presentato agli Organi amministrativi: Prefetto, Ministero, Tribunale Amministrativo Regionale, Consiglio di Stato, etc..

Sanzioni amministrative: la sanzione amministrativa è prevista per la violazione di disposizioni di natura non penale. Da non confondere con le contravvenzioni, che sono reati e quindi violazioni di norme penali.

Sentenza definitiva (decisione passata in giudicato): giudicato è il provvedimento ormai divenuto incontrovertibile, cioè non più assoggettabile ai mezzi ordinari di impugnazione, o perché è scaduto il termine per poterlo fare, o perché sono già state esperite tutte le impugnazioni possibili. Quindi il provvedimento passato in giudicato è caratterizzato dall'incontrovertibilità della cosa giudicata, ovvero nessun giudice può nuovamente pronunciarsi su quella sentenza.

Sequestro: è un vincolo di indisponibilità materiale e giuridica del veicolo.

Sinistro: verificarsi dell'evento dannoso per il quale è prestata l'assicurazione.

Società: l'impresa assicuratrice **ARAG SE - Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia**

Spese legali: onorari e diritti del patrocinatore ai sensi di legge.

Spese liquidate: spese spettanti all'avvocato definite dal giudice in sede di sentenza.

Spese peritali: somme spettanti ai periti nominati dal Giudice (C.T.U. Consulenti Tecnici d'Ufficio) o dalla parte (Consulenti Tecnici di Parte).

Spese di soccombenza: spese liquidate dal giudice nel dispositivo della sentenza. Soccombente è la parte le cui pretese giuridiche non sono state riconosciute fondate dal giudice.

Spese di giustizia: spese del processo che in un procedimento penale il condannato deve pagare allo Stato. Nel giudizio civile, invece, le spese della procedura vengono pagate dalle Parti contemporaneamente allo svolgimento degli atti processuali e che a conclusione del giudizio il soccombente può essere condannato a rifondere.

Transazione: accordo con il quale le parti, facendosi reciproche concessioni, pongono fine ad una lite tra di loro insorta o la prevengono.

Tutela Legale: l'assicurazione Tutela Legale ai sensi del D.Lgs. 07/09/2005 n. 209 - Artt. 163/4 e 173/4 e correlati.

Valore in lite: determinazione del valore della controversia.

Veicolo: mezzo di trasporto (a titolo esemplificativo autoveettura) di proprietà degli assicurati o del contraente sempreché connessi all'espletamento di incarichi affidati dal contraente stesso.



Condizioni di assicurazione

Art. 1 – Oggetto dell'assicurazione

1. La Società assicura le spese legali, anche quando la vertenza venga trattata tramite il coinvolgimento di un organismo di mediazione o mediante convenzione di negoziazione assistita, le spese peritali, le spese di giustizia, processuali e di indagine non ripetibili dalla controparte, occorrenti all'assicurato per la difesa dei suoi interessi, **nei casi indicati al successivo art. 16**. Sono garantite le spese per l'intervento di un **unico Avvocato** per ogni grado di giudizio e le eventuali spese di soccombenza poste a carico dell'assicurato. Sono inoltre garantite le spese dell'organismo di mediazione nei casi di mediazione obbligatoria e le spese dell'arbitro eventualmente sostenute dall'assicurato.
2. **Le operazioni di esecuzione forzata vengono garantite nel limite di 2 (due) tentativi per sinistro.**
3. **Le spese per la proposizione della querela saranno riconosciute solamente** qualora sia instaurato un procedimento penale nel quale la controparte sia rinviata a giudizio.
4. **Non sono oggetto di copertura assicurativa i patti quota lite conclusi tra l'assicurato e l'Avvocato.**
5. Nel caso in cui sia necessaria la domiciliazione, sono **escluse le indennità di trasferta e ogni duplicazione di onorari.**
6. **L'assicurato è tenuto ad assumere a proprio carico gli oneri fiscali, le imposte, le tasse e tutti gli altri oneri stabiliti per legge, relativi al sinistro, al premio e/o alla polizza.**
7. **La lingua italiana è quella che fa fede ai fini della presente polizza.**

Art. 2 – Indicazioni e dichiarazioni. Aggravamento e diminuzione del rischio

1. **Le dichiarazioni inesatte, le reticenze del contraente o dell'assicurato relative a circostanze che influiscono sulla valutazione del rischio all'atto della stipulazione della polizza o durante il corso della stessa, possono comportare la perdita totale o parziale del diritto alle prestazioni assicurative nonché la cessazione dell'assicurazione ai sensi degli artt. 1892, 1893, 1894 e 1898 Codice Civile.**
2. La Società, una volta a conoscenza di circostanze aggravanti che comportino un premio maggiore, può richiedere la relativa modifica delle condizioni in corso.
3. **Nel caso di diminuzione del rischio la Società ha facoltà di ridurre il premio o le rate di premio successive alla comunicazione del contraente, ai sensi dell'art 1897 Codice Civile, e rinuncia al relativo diritto di recesso.**

Art. 3 – Altre assicurazioni

L'assicurato deve comunicare alla Società l'esistenza e la successiva stipulazione di altre polizze per lo stesso rischio e dare avviso dei sinistri a tutti gli assicuratori, indicando a ciascuno il nome degli altri, ai fini della ripartizione proporzionale delle spese.

Art. 4 – Effetto e durata della polizza e della copertura assicurativa

1. **La polizza produce effetto dalle ore 24 (ventiquattro) del giorno indicato in polizza, se il premio è stato corrisposto; in caso diverso produce effetto dalle ore 24 (ventiquattro) del giorno in cui si effettua il pagamento, ferme restando le scadenze stabilite nella polizza.**
2. La garanzia assicurativa viene prestata per i casi assicurativi che siano insorti:
 - **trascorsi 3 (tre) mesi dalla data di effetto della polizza**, se si tratta di Chiamata in causa della Compagnia di assicurazione di Responsabilità Civile (D&O) ;
 - **durante il periodo di effetto della polizza**, in tutte le restanti ipotesi.**Qualora la presente polizza sia emessa senza soluzione di continuità della copertura assicurativa rispetto ad una polizza precedente di Tutela legale, la carenza dei 3 (tre) mesi non opera per tutte le prestazioni già previste con la polizza precedente, mentre si intende operante a tutti gli effetti per le nuove prestazioni inserite con la presente polizza. Sarà pertanto onere del contraente, in sede di denuncia di sinistro, fornire idonea documentazione atta a comprovare l'esistenza di una polizza precedente di Tutela Legale.**
3. Il contratto ha la durata prevista dalla polizza e, **in mancanza di disdetta a mezzo lettera raccomandata, mezzi legalmente equivalenti o telefax spediti almeno 30 (trenta) giorni prima della scadenza, si rinnova tacitamente, ogni volta, per 1 (uno) anno.**

Art. 5 – Recesso in caso di sinistro

1. **Dopo ogni denuncia di sinistro e fino al 30° (trentesimo) giorno dopo la sua definizione, le parti possono recedere in forma scritta dal contratto mediante lettera raccomandata AR, mezzi legalmente equivalenti, o telefax, dando un preavviso di almeno 15 (quindici) giorni rispetto alla data di effetto del recesso.**
2. In ogni caso al contraente è dovuto il rimborso della quota di premio imponibile relativa al periodo di rischio pagato e non goduto.



Art. 6 – Pagamento del premio e sospensione della copertura assicurativa

1. Il premio è sempre determinato per il periodo di 1 (uno) anno ed è **interamente dovuto** anche se sia stato concesso il frazionamento rateale.
2. **Se il contraente non paga le rate di premio successive alla prima, la copertura assicurativa resta sospesa dalle ore 24 (ventiquattro) del AGENZIE 15° (quindicesimo) / BROKER / BANCHE 30° (trentesimo) giorno successivo a quello di scadenza e produce effetto dalle ore 24 (ventiquattro) del giorno di pagamento, ferme le successive scadenze previste. Resta salva la facoltà della Società di dichiarare risolta la polizza per inadempimento, a mezzo lettera raccomandata, fermo il diritto di esigere il pagamento dei premi scaduti.**
3. I premi devono essere pagati alla Società ovvero all'intermediario incaricato.

Art. 7 – Insorgenza del sinistro

1. Ai fini della presente polizza, per insorgenza del sinistro si intende:
 - per l'esercizio di pretese al risarcimento di danni extracontrattuali e per le spese di resistenza alle pretese di risarcimento di natura extracontrattuale avanzate da terzi **la data del primo evento che ha originato il diritto al risarcimento;**
 - per l'opposizione a sanzioni amministrative, nonché per la difesa penale in procedimenti per delitti colposi e contravvenzioni di cui all'art. 16 – pto. 3 "Pacchetto Sicurezza" - ad eccezione di quelli per omicidio o lesioni personali colpose (artt. 589, 590 Codice Penale) - **la data del compimento da parte della competente Autorità del primo atto di accertamento ispettivo o di indagine, amministrativo o penale;**
 - per tutte le restanti ipotesi, tra cui la difesa nei procedimenti penali dolosi e colposi, **la data in cui l'assicurato, la controparte o un terzo abbia o avrebbe cominciato a violare norme di legge o di contratto.**In presenza di più violazioni della stessa natura, per individuare la data di insorgenza del sinistro si fa riferimento alla data della **prima violazione.**
2. Si considerano a tutti gli effetti come **unico sinistro:**
 - **controversie, giudiziali e stragiudiziali, promosse da o contro una o più persone e riferite a fatti collegati e/o tra loro connessi e/o consequenziali, ad un medesimo contesto riferito all'evento coperto in polizza;**
 - **procedimenti penali a carico di una o più persone assicurate e dovuti al medesimo evento o fatto.**In tali ipotesi, il relativo massimale per sinistro resta **unico** e viene ripartito in parti uguali tra gli assicurati coinvolti.

Art. 8 – Termini di denuncia del sinistro e fornitura dei mezzi di prova

1. L'assicurato deve presentare alla Società immediata denuncia di sinistro, non appena questo si verifichi o nel momento in cui ne abbia avuto conoscenza, fatto salvo il termine di prescrizione dei diritti derivanti dalla polizza.
2. Al fine di accertare il numero dei soggetti assicurati al momento del sinistro e il ruolo svolto presso il contraente, l'assicurato dovrà produrre la visura camerale, la visura camerale storica o altra documentazione idonea.
3. La denuncia del sinistro dovrà essere completa, veritiera e corredata da idonea documentazione e da ogni mezzo di prova a disposizione che consentano la ricostruzione dettagliata della controversia. **In mancanza, la Società non potrà essere ritenuta responsabile di eventuali ritardi nella valutazione della copertura assicurativa o nella gestione del sinistro, nonché di eventuali prescrizioni o decadenze che dovessero intervenire.**
4. La prestazione viene fornita per i sinistri che siano insorti durante il periodo di effetto della polizza e che siano stati denunciati alla Società, entro 24 (ventiquattro) mesi dalla cessazione della stessa. Qualora la presente polizza sia emessa senza soluzione di continuità della copertura assicurativa rispetto ad una polizza precedente della Società, il termine di denuncia dei sinistri insorti durante la vigenza della polizza precedente decorre dalla cessazione della presente polizza.

Art. 9 – Gestione del sinistro

1. Ricevuta la denuncia, previa valutazione della copertura assicurativa e delle possibilità di far valere con successo le ragioni dell'assicurato, **la Società gestisce la trattazione stragiudiziale della controversia**, anche mediante la nomina di Avvocati di propria scelta, affinché le parti raggiungano un accordo.
2. Nel caso in cui tale tentativo non riesca, l'assicurato comunica alla Società gli elementi probatori e le argomentazioni su cui fondare il giudizio al fine di permettere la valutazione delle possibilità di successo. In caso positivo, la gestione del sinistro viene affidata all'Avvocato scelto nei termini dell' art. 10.
3. **La Società si riserva la facoltà di valutare la possibilità di successo dell'impugnazione della sentenza emessa in ogni grado di giudizio, prima di garantire la copertura per le spese relative al grado successivo.**
4. **Le prestazioni previste dalla polizza non operano se la Società non ha confermato preventivamente la copertura delle spese per la transazione del sinistro e/o per la nomina dei periti di parte.**
5. **In caso di conflitto di interessi o di disaccordo in merito alla gestione del sinistro tra l'assicurato e la Società, la decisione può venire demandata ad un arbitro che decide secondo equità, designato di comune accordo dalle parti o, in mancanza di accordo, dal Presidente del Tribunale competente a norma del Codice di Procedura Civile. Ciascuna delle parti contribuisce alla metà delle spese arbitrali, quale che sia l'esito dell'arbitrato. In via alternativa è possibile adire l'Autorità Giudiziaria, previo esperimento del tentativo di mediazione.**

Art. 10 – Libera scelta dell'avvocato per la fase giudiziale

1. L'assicurato, limitatamente alla fase giudiziale e in ogni caso quando sia necessaria la difesa in sede penale, ha il diritto di scegliere liberamente l'Avvocato cui affidare la tutela dei propri interessi, **purché iscritto all'albo degli Avvocati dell'Ufficio Giudiziario competente per la controversia, oppure del proprio luogo di residenza. In quest'ultimo caso, se necessario, la Società indica il nominativo del domiciliatario.**
2. L'assicurato deve in ogni caso conferire regolare mandato per la gestione del sinistro all'Avvocato così individuato.
3. **L'assicurato ha comunque il diritto di scegliere liberamente il proprio Avvocato nel caso di conflitto di interessi con la Società.**

Art. 11 – Recupero di somme anticipate dalla Società

Spettano alla Società, se anticipati, gli onorari e le spese rimborsati all'assicurato dalla controparte a seguito di provvedimento giudiziale o di transazione. In tutti i casi in cui sia stata pagata un'indennità, la Società si riserva la facoltà di esercitare il diritto di surrogazione.

Art. 12 – Estensione territoriale

Le prestazioni valgono per i sinistri che siano insorti e il cui l'Ufficio Giudiziario di competenza si trovi in uno dei seguenti territori:

- **in Europa o negli stati extraeuropei posti nel bacino del mare Mediterraneo**, per la difesa penale, per il dissequestro del veicolo, per l'anticipo cauzione penale, per l'assistenza dell'interprete, per la richiesta di risarcimento danni a terzi e per la resistenza alla richiesta di risarcimento di natura extracontrattuale avanzate da terzi;
- **nella Repubblica Italiana, nella Città del Vaticano e nella Repubblica di San Marino** per l'opposizione a sanzioni amministrative;
- **nei paesi dell'Unione Europea, nella Città del Vaticano, nella Repubblica di San Marino, nel Principato di Monaco, in Svizzera e nel Liechtenstein**, per i casi di Chiamata in causa della Compagnia di assicurazione di Responsabilità Civile (D&O).

Art. 13 – Indicizzazione e adeguamento del massimale e del premio

1. Il massimale e il relativo premio sono basati sul "numero indice dei prezzi al consumo per le famiglie di operai e impiegati", pubblicato dall'ISTAT - Istituto Centrale di Statistica di Roma, in conformità a quanto segue:
 - a) nel corso di ogni anno solare viene adottato come base di riferimento iniziale e per gli aggiornamenti, l'indice del mese di settembre dell'anno precedente;
 - b) alla scadenza di ogni rata annuale, se si è verificata una variazione, in più o in meno, rispetto all'indice inizialmente adottato o al suo equivalente, il massimale, ed il corrispondente premio vengono aumentati o ridotti in proporzione;
 - c) l'aumento o la riduzione decorrono dalla scadenza della rata annua.
2. **Qualora, in conseguenza delle variazioni dell'indice, il massimale ed il premio venissero a superare il doppio degli importi inizialmente stabiliti, sia la Società che il contraente hanno la facoltà di rinunciare all'aggiornamento della polizza, ed il massimale ed il premio rimangono quelli risultanti dall'ultimo aggiornamento effettuato.**
3. In caso di eventuale ritardo od interruzione nella pubblicazione degli indici, la Società propone l'adeguamento tenendo conto delle variazioni notoriamente avvenute nei prezzi correnti rispetto all'ultimo adeguamento.

Art. 14 – Regolazione del premio

1. Il **premio annuo lordo di polizza** è determinato in base al numero dei soggetti assicurati suddivisi per ruolo riportati nel frontespizio.
2. Il **premio annuo lordo viene corrisposto** dal contraente, per ciascun periodo assicurativo, come di seguito specificato:
 - a) **in una parte fissa**, in via provvisoria, al momento della stipula della polizza ed alla scadenza di ciascun periodo assicurativo, **da considerarsi premio minimo comunque dovuto alla Società.**
 - b) **a saldo**, mediante la regolazione del premio alla scadenza di ciascun periodo assicurativo, **sulla base del numero dei soggetti assicurati al termine dello stesso periodo.**
3. **Qualora la regolazione a saldo dovesse comportare la determinazione del premio annuo lordo di polizza in misura inferiore a quello corrisposto in via provvisoria, quest'ultimo si intende comunque acquisito a titolo di premio minimo di polizza, escluso pertanto ogni conguaglio negativo.**
4. Per la determinazione ed il versamento della quota di premio a saldo, il contraente è obbligato a:
 - a) **comunicare alla Società, in forma scritta entro 30 (trenta) giorni dalla fine di ogni periodo assicurativo il numero dei soggetti assicurati suddivisi per ruolo;**
 - b) **versare il premio a saldo nei 30 (trenta) giorni successivi alla comunicazione della Società del premio dovuto.**
5. **In caso di mancato rispetto dei termini previsti al punto 4) del presente articolo, la valutazione e l'eventuale liquidazione dei sinistri:**
 - insorti nel periodo oggetto della regolazione
 - e denunciati oltre i termini di tempo stabiliti alla lettera a) del punto 4),



non verranno effettuate fino alle ore 24 (ventiquattro) del giorno in cui il contraente provvederà al pagamento dell'eventuale premio dovuto.

6. Nell'ipotesi in cui il premio definitivamente corrisposto a saldo risulti superiore ad almeno il 50% (cinquanta) della sua parte fissa e provvisoria, gli elementi di rischio utilizzati per la rideterminazione automatica della parte fissa e provvisoria per l'annualità successiva dovranno essere gli elementi di rischio variabili comunicati a saldo, a partire dalla prima scadenza annua successiva alla rideterminazione del premio.

7. La Società si riserva il diritto di effettuare verifiche e controlli relativamente ai dati (quali a titolo esemplificativo il libro unico del lavoro, visure camerali, anche storiche) forniti dal contraente ed utili ai fini della determinazione del premio.

Il contraente si obbliga a fornire, a semplice richiesta scritta, i chiarimenti, le informazioni e la documentazione necessaria.

8. Qualora in sede di gestione del sinistro risulti che al momento della stipula della polizza o al momento della regolazione premio dell'annualità precedente sia stato assicurato parzialmente il valore della cosa assicurata, la Società liquiderà proporzionalmente le somme di cui all'art. 1, a parziale deroga all'art. 1907 Codice Civile.

Art. 15 – Assicurati

1. Gli oneri riportati all'art. 1 vengono garantiti per la tutela dei diritti del contraente e degli amministratori, sindaci, revisori, membri del consiglio di vigilanza, dirigenti, quadri, procuratori speciali, responsabili della privacy e responsabili del servizio di prevenzione e protezione **qualora indicati sul frontespizio di polizza esclusivamente in riferimento ad attività svolte nell'esercizio del loro incarico per conto del contraente, per il ruolo per cui sono stati assicurati, e purché prestino la propria attività presso il contraente alla data di emissione della polizza.**

2. Il numero degli assicurati riportato nel frontespizio deve corrispondere alla totalità dei soggetti che ricoprono il relativo ruolo per conto della contraente.

3. Nel caso di controversie fra assicurati con la stessa polizza, le prestazioni vengono garantite unicamente a favore del contraente.

Art. 16 – Ambito di operatività e prestazioni garantite

Vengono garantiti gli oneri per la tutela legale previsti dall'art. 1 per le seguenti prestazioni.

Tutela Attività

Le seguenti prestazioni vengono riconosciute agli assicurati, per controversie avvenute nell'ambito dell'attività d'impresa e delle mansioni svolte per conto del contraente.

1. Difesa in procedimenti penali per delitti colposi e per contravvenzioni.

2. Difesa in procedimenti penali per delitti dolosi, comprese le violazioni in materia fiscale e amministrativa, **purché gli Assicurati vengano assolti (art. 530 comma 1, Cod. Proc.Pen.) con decisione passata in giudicato o vi sia stata la derubricazione del reato da doloso a colposo o sia intervenuta archiviazione per infondatezza della notizia di reato o perché il fatto non è previsto dalla legge come reato.** Sono esclusi i casi di estinzione del reato per qualsiasi altra causa.

Fermo restando l'obbligo per gli Assicurati di denunciare il sinistro nel momento in cui ha inizio il procedimento penale, la Società anticiperà al contraente le spese legali fino ad un massimo di € 5.000,00 (cinquemila) / 10.000,00 (diecimila) / 15.000,00 (quindicimila) in attesa della definizione del giudizio.

Nel caso in cui il giudizio, anche a seguito di archiviazione e successiva riapertura, si concluda con sentenza definitiva diversa da assoluzione o derubricazione del reato da doloso a colposo, l'assicurato è obbligato a rimborsare tutte le spese legali che la Società ha eventualmente anticipato.

Le prestazioni di cui ai punti 1 e 2 operano anche per ottenere il dissequestro di beni del contraente, sottoposti a sequestro nell'ambito di procedimenti penali, nel caso in cui ciò risulti indispensabile per il proseguimento dell'attività d'impresa.

3. **Pacchetto sicurezza.** La difesa nei procedimenti penali per delitti colposi o contravvenzioni e l'opposizione/impugnazione avverso i provvedimenti amministrativi - salvo siano applicate sanzioni pecuniarie di importo inferiore a € 250,00 (duecentocinquanta) - per i casi di contestazione d'inosservanza dei decreti legislativi di seguito indicati comprese le successive modifiche o integrazioni normative o regolamentari:

- D. Lgs. 81/2008 e D. Lgs. 106/2009 in materia di Tutela della salute e della sicurezza nei luoghi di lavoro, esclusivamente per le attività svolte presso il contraente;

- D. Lgs 193/07 in materia di Sicurezza alimentare;

- D. Lgs. 152/06 in materia di Tutela dell'ambiente. Le prestazioni valgono anche per i fatti non accidentali che abbiano causato inquinamento dell'ambiente;

- D. Lgs n.196/03 in materia di Protezione dei dati personali anche per la difesa dinanzi al Garante nel caso di reclami, segnalazioni e ricorsi;



• **D. Lgs 231/2001** in materia di **Responsabilità amministrativa delle società**.

La prestazione garantita opera a tutela dei diritti dell'assicurato anche in qualità di Legale Rappresentante.

La prestazione si estende ai sinistri **insorti nel termine di 24 (ventiquattro) mesi dalla cessazione dell'attività da parte dei soggetti garantiti** nel presente articolo, o loro dimissioni dall'impresa assicurata.

4. Richiesta di risarcimento danni subiti per fatti illeciti di terzi. anche in caso di costituzione di parte civile nell'ambito del procedimento penale a carico della controparte.

5. Controversie per resistere alle pretese di risarcimento di natura extracontrattuale avanzate da terzi nei confronti degli assicurati per fatti illeciti di questi ultimi. **La prestazione opera a secondo rischio, ovvero dopo l'esaurimento del massimale dovuto dall'assicuratore di responsabilità civile per spese legali di resistenza e soccombenza su fattispecie coperte dalla polizza di responsabilità civile. In tutti gli altri casi**, ovvero quando la polizza di Responsabilità Civile non esiste, o non opera, o per qualunque motivo non fornisce copertura totale o parziale alle spese legali di resistenza, **la presente garanzia non opera.**

6. Chiamata in causa della Compagnia di assicurazione della polizza di Responsabilità Civile stipulata dal contraente a tutela del patrimonio personale (D&O) dei soggetti assicurati con la presente polizza, nel limite di € 1.000,00 (mille).

L'assicurato si obbliga a rimborsare le spese legali o peritali che la Società ha anticipato, qualora successivamente al pagamento sia stato accertato che la polizza di Responsabilità Civile non era attivabile per mancato pagamento o adeguamento del premio, oppure per denuncia del sinistro oltre i termini di prescrizione.

Tutela Circolazione

Le seguenti prestazioni vengono riconosciute agli assicurati, per eventi originati dalla circolazione stradale con mezzi propri o del contraente sempreché connessi all'espletamento di incarichi affidati dal contraente stesso.

1. Richiesta di risarcimento danni subiti per fatti illeciti di terzi. **La copertura viene garantita con un massimale di € 100.000,00 (centomila) per ciascun sinistro e senza limite annuo:**

- per i sinistri con lesioni a persona superiori a 9 (nove) punti di invalidità avvenuti in Italia;
- per tutti i sinistri con lesioni a persone avvenuti in Europa, al di fuori dell'Italia, o negli stati extraeuropei posti nel Bacino del Mare Mediterraneo sempreché il Foro competente si trovi in questi territori.

La prestazione di cui al punto 1 opera anche in caso di contestazione per guida sotto l'effetto dell'alcool.

2. Difesa in procedimenti penali per delitti colposi e per contravvenzioni. Nel caso in cui al conducente vengano contestati i reati di omicidio stradale o lesioni personali stradali gravi o gravissime la difesa penale viene garantita con il massimale di € 100.000,00 (centomila) per caso assicurativo e senza limite annuo.

A parziale deroga di quanto disposto dall'Art. 18 lett. q), la prestazione viene garantita anche nel caso in cui all'Assicurato venga contestata la guida in stato di ebbrezza con tasso alcolemico fino a 0,8 g/l. Nel caso in cui il tasso alcolemico rilevato sia superiore a 0,8 g/l, la prestazione opera esclusivamente qualora l'Assicurato venga assolto con decisione passata in giudicato in sede penale.

3. Dissequestro del veicolo. L'assistenza nei procedimenti di dissequestro del veicolo, sequestrato in seguito ad incidente stradale. A parziale deroga di quanto disposto dall'Art. 18 lett. q), la prestazione viene garantita anche nel caso in cui all'Assicurato venga contestata la guida in stato di ebbrezza con tasso alcolemico fino a 0,8 g/l. Nel caso in cui il tasso alcolemico rilevato sia superiore a 0,8 g/l, la prestazione opera esclusivamente qualora l'Assicurato venga assolto con decisione passata in giudicato in sede penale.

4. Anticipo cauzione penale. L'anticipo da parte della Società, fino ad un importo massimo equivalente in valuta locale a € 15.000,00 (quindicimila), della cauzione penale in caso di arresto, minaccia di arresto o di altra misura restrittiva della libertà personale disposta per responsabilità penale connessa ad incidente stradale verificatosi all'estero.

L'anticipo viene concesso **previa esibizione di adeguate garanzie della restituzione della somma anticipata, da rimborsarsi alla Società entro 1 (uno) mese dalla data di erogazione.**

5. Assistenza dell'interprete per incidente stradale all'estero. L'assistenza di un interprete in sede di interrogatorio, in caso di arresto, detenzione e/o altra misura restrittiva della libertà personale disposta per responsabilità penale connessa ad incidente stradale verificatosi all'estero.

6. Opposizione avverso sanzioni amministrative. Proporre ricorso o opposizione, in ogni ordine e grado, avverso la sanzione amministrativa accessoria di ritiro, sospensione, revoca della patente di guida irrogata in seguito ad incidente stradale e connessa allo stesso.



E' garantito inoltre il ricorso o l'opposizione avverso le sanzioni amministrative pecuniarie comminate in conseguenza di un incidente stradale

La Società provvederà, su richiesta dell'Assicurato, alla redazione e presentazione dell'opposizione o del ricorso.

L'Assicurato deve far pervenire alla Società il provvedimento in originale **entro 5 (cinque) giorni dalla data di notifica dello stesso.**

A parziale deroga di quanto disposto dall'Art. 18 lett. q), la presente prestazione viene garantita anche nel caso in cui venga contestata la guida in stato di ebbrezza con tasso alcolemico fino a 0,8 g/l. Nel caso in cui il tasso alcolemico rilevato sia superiore a 0,8 g/l, la prestazione opera esclusivamente qualora l'Assicurato venga assolto con decisione passata in giudicato in sede penale.

Art. 17– Condizioni aggiuntive

Valide solo se espressamente indicate nel frontespizio di polizza e pagato il relativo sovrappremio.

RETROATTIVITÀ'

In deroga all'Art. 4, la garanzia opera retroattivamente per contestazioni penali dolose, colpose e contravvenzionali e, nel caso di acquisto della condizione aggiuntiva Responsabilità amministrativa, opera anche relativamente alla responsabilità amministrativa per procedimenti instaurati avanti la Corte dei Conti, per fatti avvenuti fino ad 1(uno) anno / a 2 (due) anni / a 3 (tre) anni / a 4 (quattro) anni / a 5 (cinque) anni anteriormente alla data di effetto del contratto.

Quanto sopra purché l'Assicurato abbia conoscenza di essere sottoposto ad indagine successivamente alla data di effetto della polizza.

Qualora il contraente, precedentemente al presente contratto, abbia sottoscritto e corrisposto relativo premio per una polizza di Tutela Legale che preveda la denuncia dei sinistri entro l'anno successivo alla cessazione del contratto, il contraente si impegnerà a denunciare i sinistri insorti prima della stipula del presente contratto anche alla Compagnia presso la quale era precedentemente assicurato.

La presente condizione aggiuntiva opera in caso di contestazioni dolose esclusivamente se seguite da sentenza di assoluzione o derubricazione.

Qualora a seguito dell'acquisto della presente Condizione Aggiuntiva un sinistro possa essere coperto da più polizze sottoscritte dal contraente con la Società per il medesimo rischio, la presente condizione aggiuntiva non sarà operativa.

RESPONSABILITÀ AMMINISTRATIVA

Le garanzie valgono per responsabilità amministrativa per procedimenti instaurati avanti la Corte dei Conti. Sono garantite le spese per sostenere la difesa in procedimenti per giudizi e azioni di responsabilità amministrativa, nei confronti dell'Assicurato, salvo il caso in cui sia obbligato un soggetto terzo.

La Società rimborserà anche le spese eventualmente sostenute nella fase preliminare del processo. La garanzia opera anche prima dell'emissione dell'atto di citazione in giudizio, compreso l'invito a dedurre e l'audizione personale nonché il procedimento cautelare di sequestro.

Nel caso in cui le spese legali siano liquidate in sentenza, la Società rimborserà l'importo indicato nella stessa.

Fermo restando l'obbligo per l'Assicurato di denunciare il sinistro con le modalità previste dal precedente art. 8, la Società provvederà, su richiesta motivata, all'anticipo delle spese legali e/o peritali, fino ad un massimo di € 5.000,00 (cinquemila) in attesa della definizione del giudizio.

L'Assicurato si impegna a restituire alla Società ogni somma eventualmente anticipata nel caso siano accertati, nei suoi confronti mediante sentenza definitiva, elementi di responsabilità per dolo.

OPPOSIZIONE A SANZIONI AMMINISTRATIVE

La presente garanzia vale nei confronti del contraente che debba presentare ricorso gerarchico o opposizione al giudice ordinario di primo grado competente avverso una sanzione amministrativa relativa allo svolgimento dell'attività indicata in polizza.

Nei casi di sanzione amministrativa pecuniaria, la garanzia vale allorché la somma ingiunta, per la sola violazione, sia pari o superiore a € 1.000,00 (mille).

Sono inoltre escluse sanzioni per le violazioni di norme relative al pagamento di tasse, tributi, imposte e corrispettivi di pubblici servizi.

Art. 18 – Esclusioni

Salvo quanto diversamente previsto, le prestazioni non sono valide:

- a) per vertenze concernenti il diritto di famiglia, delle successioni e delle donazioni;**
- b) per vertenze in materia fiscale e per le controversie di natura amministrativa;**



- c) per fatti conseguenti a tumulti popolari (assimilabili a sommosse popolari), eventi bellici, atti di terrorismo, atti di vandalismo, terremoto, sciopero e serrate, nonché da detenzione od impiego di sostanze radioattive e conseguenti ad eventi naturali per i quali venga riconosciuto lo stato di calamità naturale o lo stato di allarme;
- d) per vertenze concernenti diritti di brevetto, marchio, autore, esclusiva o concorrenza sleale;
- e) per il pagamento di multe, ammende e sanzioni in genere;
- f) per controversie derivanti dalla circolazione, dalla proprietà o dalla guida di imbarcazioni o aeromobili;
- g) per fatti non accidentali relativi all'inquinamento dell'ambiente;
- h) per fatti dolosi delle persone assicurate;
- i) per controversie tra assicurati;
- j) per fatti relativi a fusioni, modificazioni o trasformazioni societarie;
- k) per controversie contrattuali con i clienti per inadempienze proprie o di controparte, relative a prestazioni di servizi o forniture di beni effettuati dal contraente nell'esercizio della sua attività d'impresa;
- l) per compravendita o permuta di immobili;
- m) per controversie sulla locazione, proprietà, utilizzo e appalto/subappalto relativamente ad interventi di restauro, risanamento conservativo, ristrutturazione e costruzione ex novo degli edifici compresi i contratti connessi di fornitura o posa in opera di materiali o impianti;
- n) per controversie derivanti dall'esercizio dell'attività medica, di operatore sanitario o dall'attività di assistenza socio-sanitaria;
- o) per i casi di adesione ad azioni di classe (class action);
- p) per le vertenze con la Società;
- q) nei casi di violazione della normativa relativa al divieto di guida sotto l'effetto di alcool o di sostanze stupefacenti o della normativa inerente l'omissione di fermata e assistenza;
- r) per i casi in cui il conducente rifiuta di sottoporsi agli accertamenti previsti in caso di guida sotto l'influenza dell'alcool;
- s) per controversie relative alla raccolta, al trattamento, allo smaltimento, al recupero, al risanamento dei rifiuti o relative ad altri servizi di gestione dei rifiuti.
- t) per vertenze con la Banca che intermedia la presente polizza.



Glossar

Folgenden Begriffen ordnen die Gesellschaft und der Versicherungsnehmer vereinbarungsgemäß die jeweils angegebene Bedeutung zu:

Abstufung der Straftat: eine Änderung der rechtlichen Qualifikation der Straftat im Vergleich zur anfänglichen Anklage (z.B. Abstufung von vorsätzlich auf fahrlässig).

Anwaltskosten: gesetzliche Honorare und Gebühren des Verteidigers.

Außergerichtliche Phase: Die Streitphase, in der die Justizbehörden noch nicht angerufen wurden, weil man eine gütliche Streitbeilegung versucht.

Außervertraglicher Schaden: ungerechtfertigter Schaden infolge einer unrechtmäßigen Handlung.

Beschlagnahme: eine materielle und rechtliche, die Verfügbarkeit des Fahrzeugs ausschließende Beschränkung.

Entschädigung: Der Betrag, den die Gesellschaft im Schadensfall bezahlen muss.

Fahrlässigkeitsdelikt: Als Fahrlässigkeitsdelikt gilt nur jenes, das ausdrücklich vom Strafgesetz als solches vorgesehen (und als solches angefochten) wird und das aus Nachlässigkeit, Unerfahrenheit, Unvorsichtigkeit oder Nichtbeachtung von Gesetzen, aber ohne Willen oder Absicht zur Verursachung des schädigenden Ereignisses begangen wird.

Fahrzeug: Transportmittel (z.B. ein Pkw), das den Versicherten oder dem Versicherungsnehmer gehört, sofern es zur Ausübung von Aufträgen des Versicherungsnehmers verwendet wird.

Festgesetzte Kosten: Vom Richter im Urteil festgelegte Kosten, die dem Anwalt zustehen.

Gegenpartei: die gegnerische Partei in einer Streitsache.

Gerichtliche Phase: Die Phase, in der man eine Streitigkeit den Justizbehörden zur Entscheidung unterbreitet.

Gerichtskosten: Prozesskosten, die der Verurteilte in einem Strafverfahren an den Staat bezahlen muss. Im Zivilverfahren hingegen werden die Verfahrenskosten von den Parteien im Zuge der Prozesshandlungen bezahlt; am Ende kann die unterliegende Partei zur Rückerstattung verurteilt werden.

Gesellschaft: das Versicherungsunternehmen **ARAG SE – Rappresentanza Generale e Direzione per l'Italia**

Gutachterkosten: Beträge, die den vom Richter oder von den Parteien ernannten Gutachtern zustehen.

Höchstbetrag pro Schadensfall: Der maximale Betrag, den die Gesellschaft für jeden gemeldeten Schadensfall bezahlen kann, begrenzt auf die in der Versicherungspolice vorgesehenen Kosten.

Höchstbetrag pro Versicherungsjahr: Der maximale Betrag, den die Gesellschaft für die Schadensfälle bezahlen kann, die im selben Versicherungsjahr eintreten, auch wenn sie zu unterschiedlichen Zeitpunkten gemeldet werden, begrenzt auf die in der Versicherungspolice vorgesehenen Kosten.

Ivass (vorherige Bezeichnung Isvap): die italienische Versicherungsaufsicht (Istituto di Vigilanza per le Assicurazioni).

Kosten bei Unterliegen: Vom Richter im Urteil festgelegte Kosten. Es unterliegt die Partei, deren rechtliche Forderungen vom Richter nicht als begründet anerkannt wurden.

Kündigung: Vorgang, mit dem die Absicht mitgeteilt wird, den Versicherungsvertrag nach Auslaufen nicht zu erneuern.

Mediation: Ein rechtliches Verfahren, das mit der Gesetzesverordnung Nr. 28 vom 4. März 2010 eingeführt wurde, zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen privaten Subjekten bezogen auf verfügbare Rechte.

Police: Das Vertragsdokument, das die Beziehungen zwischen der Gesellschaft, dem Versicherungsnehmer und dem Versicherten regelt, bestehend aus den Versicherungsbedingungen.

Prämie: der Betrag, den der Versicherungsnehmer der Gesellschaft als Vergütung für die Versicherung schuldet.

Rechtskräftiges (definitives) Urteil: Als rechtskräftig bezeichnet man eine unumstößliche Verfügung, d.h. eine Verfügung, gegen die keine ordentlichen Rechtsmittel mehr eingelegt werden können, entweder weil die entsprechende Frist abgelaufen ist, oder weil bereits sämtliche Rechtsmittel erschöpft wurden. Eine rechtskräftige Verfügung ist somit durch ein unumstößliches Urteil gekennzeichnet, zu dem sich kein Richter erneut aussprechen kann.

Rechtsschutz: Die Rechtsschutzversicherung gemäß Gesetzesdekret Nr. 209 vom 07.09.2005 – Art. 163/4 und 173/4 und verbundene.

Sachverständiger: Freiberufler, der vom Versicherungsunternehmen damit beauftragt wird, das Ausmaß des Schadens zu schätzen, den der Versicherte bzw., im Falle von Haftpflichtversicherungen, der geschädigte Dritte durch den Versicherungsfall erlitten hat.

Schadensfall: Eintritt des schädigenden Ereignisses, für das die Versicherung geleistet wird.

Schiedsgerichtsverfahren: System, mit dem die Parteien in gemeinsamem Einvernehmen darauf verzichten, zur Lösung von Streitfragen betreffend die Auslegung oder Umsetzung des Vertrages die ordentliche Gerichtsbarkeit anzurufen.

Strafantrag: Eine Person, die sich durch Delikte verletzt oder geschädigt fühlt, die nicht von Amts wegen verfolgt werden, beantragt mit einem Strafantrag, dass gerichtlich gegen den Täter vorgegangen wird.



Straftat: Verstoß gegen strafrechtliche Bestimmungen. Straftaten unterscheiden sich in Delikte oder Zuwiderhandlungen und ziehen unterschiedliche Strafen nach sich, Haft- und/oder Geldstrafen (für Delikte: Freiheitsstrafe, Geldbuße; für Zuwiderhandlungen: Verhaftung, gebührenpflichtige Verwarnung). Weiter sind Delikte auf subjektiver Grundlage unterteilt in fahrlässige, erfolgsqualifizierte und vorsätzliche Delikte, während bei Zuwiderhandlungen der Wille irrelevant ist.

Streitwert: Wertfestlegung der Streitsache.

Übereinkommen mit anwaltlicher Beteiligung: Abkommen, geregelt durch die Gesetzesverordnung Nr. 132 vom 12. September 2014, in dem die Parteien vereinbaren, in gutem Glauben und loyal zusammenzuarbeiten, um die Streitfrage mit Unterstützung durch Anwälte, die bei der Kammer eingetragen sind, gütlich zu lösen.

Unfall: Ein schädigendes Ereignis als Folge von Zufall, Unerfahrenheit, Nachlässigkeit, Übertretung von Bestimmungen oder Regeln, im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr.

Vergleich: Vereinbarung, mit welcher die Parteien sich gegenseitige Zugeständnisse machen und dadurch einen zwischen ihnen entstandenen Streitfall lösen oder einem solchen vorbeugen.

Versicherter: Das Subjekt, dessen Interessen durch die Versicherung geschützt sind.

Versicherungsjahr: Zeitraum von 365 Tagen bzw. von 366 Tagen in Schaltjahren, der ab dem Datum läuft, an dem die Police abgeschlossen wird.

Versicherungsnehmer: Das Subjekt, das die Versicherung abschließt.

Vertraglicher Schaden: Schaden, der aus der Nichterfüllung oder der Verletzung einer Pflicht entsteht, die mit einem schriftlichen oder mündlichen Vertrag übernommen wurde.

Verwaltungsrechtlicher Einspruch: Einspruch bei den Verwaltungsorganen: Präfekt, Ministerium, Regionales Verwaltungsgericht (TAR), Staatsrat usw.

Verwaltungsrechtliche Sanktion: Verwaltungsrechtliche Sanktionen sind bei der Verletzung von Bestimmungen vorgesehen, die keinen strafrechtlichen Charakter haben. Nicht zu verwechseln mit Zuwiderhandlungen, die Straftaten und somit die Verletzung strafrechtlicher Bestimmungen sind.

Vorsatzdelikt: Jegliches Delikt, das nicht unter die ausdrücklich vom Gesetz vorgesehene Definition des Fahrlässigkeits- oder des erfolgsqualifizierten Deliktes fällt.



Versicherungsbedingungen

Art. 1 – Gegenstand der Versicherung

1. Die Gesellschaft versichert die Anwaltskosten, auch wenn der Streitfall unter Einbeziehung einer Mediationsstelle oder durch Übereinkommen mit anwaltlicher Beteiligung bearbeitet wird, die Gutachterkosten, die Gerichts-, Verfahrens- und Ermittlungskosten, die von der Gegenseite nicht zu ersetzen sind und die für die Verteidigung der Interessen des Versicherten **in den im nachfolgenden Art. 16 genannten Fällen** notwendig sind. Versichert ist die Betreuung durch **einen einzigen Rechtsanwalt** in jeder Instanz sowie die eventuellen Kosten, die dem Versicherten bei Unterliegen auferlegt werden. Weiter sind die eventuell vom Versicherten getragenen Kosten der Mediationsstelle in Fällen der obligatorischen Mediation und die Schiedsrichterkosten abgedeckt.
2. **Zwangsvollstreckungsmaßnahmen sind für maximal 2 (zwei) Versuche pro Schadensfall abgedeckt.**
3. **Die Kosten für die Stellung des Strafantrags werden nur anerkannt, wenn ein Strafverfahren zu Lasten der Gegenpartei eingeleitet wird.**
4. **Nicht durch die Versicherung abgedeckt sind Erfolgshonorare, die zwischen dem Versicherten und dem Rechtsanwalt vereinbart werden.**
5. Ist die Domizilierung erforderlich, sind **Reisekosten und jegliche Doppelhonorare ausgeschlossen.**
6. **Zu Lasten des Versicherten gehen Steuern, Gebühren und alle anderen gesetzlich festgelegten Abgaben im Zusammenhang mit dem Schadensfall, der Prämie und/oder der Police.**
7. **Für die vorliegende Police ist die italienische Sprache maßgeblich.**

Art. 2 - Angaben und Erklärungen. Erhöhung und Verringerung des Risikos

1. **Ungenauere Angaben oder das Verschweigen von Umständen seitens des Versicherungsnehmers oder des Versicherten, die bei Abschluss der Police oder während ihrer Laufzeit die Risikobewertung beeinflussen, können zum vollständigen oder teilweisen Verlust des Anspruchs auf die Versicherungsleistungen sowie zum Erlöschen der Versicherung gemäß Art. 1892, 1893, 1894 und 1898 des italienischen Zivilgesetzbuches führen.**
2. Erlangt die Gesellschaft Kenntnis über erschwerende Umstände, die eine höhere Prämie bedingen, kann sie eine entsprechende Anpassung der geltenden Bedingungen verlangen.
3. **Im Falle einer Risikoverringerung kann die Gesellschaft, gemäß Art. 1897 des italienischen Zivilgesetzbuches, die nach entsprechender Mitteilung durch den Versicherungsnehmer fällig werdende Prämie bzw. Prämienraten verringern und verzichtet auf das Rücktrittsrecht.**

Art. 3 - Weitere Versicherungen

Der Versicherte muss die Gesellschaft über das Bestehen und den nachfolgenden Abschluss weiterer Versicherungen für dasselbe Risiko informieren und im Schadensfall alle Versicherer unter Nennung der anderen Versicherer benachrichtigen, damit die Kosten proportional aufgeteilt werden können.

Art. 4 – Wirksamkeit und Laufzeit der Police und der Versicherungsdeckung

1. Die Police erlangt Wirksamkeit ab 24 (vierundzwanzig) Uhr des in der Police genannten Tages, sofern die Prämie bezahlt wurde; anderenfalls wird sie ab 24 (vierundzwanzig) Uhr des Tages wirksam, an dem die Zahlung erfolgt, unbeschadet der in der Police festgesetzten Fälligkeiten.
2. Der Versicherungsschutz wird für Versicherungsfälle geleistet, die auftreten:
 - **3 (drei) Monate nach Vertragsbeginn**, sofern es um die Beziehung der D&O-Haftpflichtversicherungsgesellschaft zum Rechtsstreit geht;
 - **während der Laufzeit der Police** in allen anderen Fällen.Wird die vorliegende Police ohne Unterbrechung des Versicherungsschutzes im direkten Anschluss an eine vorherige Rechtsschutzpolice ausgestellt, so gilt die Karenzzeit von 3 (drei) Monaten nicht für all jene Leistungen, die bereits mit der vorherigen Police abgedeckt waren, während sie ihre Gültigkeit für all jene Leistungen behält, die mit der vorliegenden Police neu aufgenommen wurden. Es ist Aufgabe des Versicherungsnehmers, bei der Schadensmeldung den Nachweis für das Bestehen einer vorherigen Rechtsschutzversicherung zu liefern.
3. Der Vertrag hat die in der Police festgelegte Laufzeit. **Erfolgt keine Kündigung mittels Einschreiben, gesetzlich gleichwertigen Kommunikationsmitteln oder Telefax, das mindestens 30 (dreißig) Tage vor Fälligkeit abgeschickt wird, so verlängert sich der Vertrag stillschweigend jeweils um 1 (ein) Jahr.**

Art. 5 – Rücktritt im Schadensfall

1. **Nach jeder Schadensmeldung und bis zum 30. (dreißigsten) Tag nach der Schadenregulierung können die Parteien**



mit einer Vorankündigung von mindestens 15 (fünfzehn) Tagen vor Wirksamkeit der Kündigung mit einer schriftlichen Mitteilung per Einschreiben mit Rückantwort oder gesetzlich gleichwertigen Kommunikationsmitteln oder Telefax vom Vertrag zurücktreten.

2. In jedem Fall steht dem Versicherungsnehmer die Rückerstattung des Nettoprämienanteils für den bezahlten und nicht in Anspruch genommenen Versicherungszeitraum zu.

Art. 6 – Bezahlung der Prämie und Aussetzung des Versicherungsschutzes

1. Die Prämie wird immer für 1 (ein) Jahr berechnet und wird stets in voller Höhe geschuldet, auch wenn Ratenzahlung gewährt wurde.

2. Beahlt der Versicherungsnehmer die Folgeraten nicht, so ruht die Versicherung ab 24 (vierundzwanzig) Uhr des AGENZIE 15. (fünfzehnten) / BROKER / BANCHE 30. (dreißigsten) auf die Fälligkeit folgenden Tages und beginnt ab 24 (vierundzwanzig) Uhr des Tages, an dem Zahlung geleistet wird, wieder zu laufen, unbeschadet der weiteren Fälligkeiten. In einem solchen Fall kann die Gesellschaft per Einschreiben den Vertrag wegen Nichterfüllung für gelöst erklären; ihr Recht, die Bezahlung der fälligen Prämien zu verlangen, wird hiervon nicht berührt.

3. Die Prämien sind an die Gesellschaft bzw. an den Vermittler, dem die Police zugeteilt wurde, zu bezahlen.

Art. 7 – Eintritt des Schadensfalles

1. Im Sinne der vorliegenden Police ist unter Eintritt des Schadensfalles zu verstehen:

- zur Geltendmachung von Ersatzansprüchen für außervertragliche Schäden sowie bei Ausgaben für die Abwehr außervertraglicher Ersatzansprüche Dritter – **der Termin, zu dem das erste Ereignis eingetreten ist, das den Schadenersatzanspruch entstehen ließ;**

- bei Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Sanktionen sowie bei Strafverteidigung in Verfahren wegen Fahrlässigkeitsdelikten und Zuwiderhandlungen gemäß Art. 16 – Punkt 3 „Sicherheitspaket“ – mit Ausnahme von Verfahren wegen fahrlässiger Tötung oder Körperverletzung (Art. 589, 590 ital. StPO) -, **der Termin, zu dem die zuständige Behörde den ersten Vorgang zur verwaltungs- oder strafrechtlichen Inspektion oder Ermittlung durchführt;**

- in allen anderen Fällen, darunter die Verteidigung in Strafverfahren wegen Vorsatz und Fahrlässigkeit, **der Termin, zu dem der Versicherte, die Gegenseite oder ein Dritter Gesetzes- oder Vertragsvorschriften verletzt hat oder haben soll.**

Bei Vorliegen mehrerer Verstöße derselben Art wird zur Festlegung des Datums, an welchem der Schaden entstanden ist, auf den Zeitpunkt des **ersten Verstoßes** Bezug genommen.

2. Als **einziger Schadensfall** in jeder Hinsicht gelten:

- **gerichtliche und außergerichtliche Streitigkeiten, die von oder gegen eine oder mehrere Personen geführt werden und die miteinander verbundene und/oder miteinander in Zusammenhang stehende Ansprüche zum Gegenstand haben, bezogen auf das versicherte Ereignis;**

- **Strafverfahren gegen eine oder mehrere versicherte Personen, die sich auf dasselbe Ereignis oder denselben Tatbestand beziehen.**

In diesen Fällen gibt es nur **einen diesbezüglichen Höchstbetrag**, der unter den Versicherten zu gleichen Teilen aufgeteilt wird.

Art. 8 – Fristen für die Schadensmeldung und Beibringung der Beweismittel

1. Der Versicherte muss der Gesellschaft jeden Schadensfall unverzüglich bei dessen Eintritt bzw. bei Kenntniserlangung melden, unbeschadet der Verjährungsfrist für die durch die Police bedingten Ansprüche.

2. Damit die Anzahl der Versicherten zum Zeitpunkt des Schadenereignisses und ihre beim Versicherungsnehmer ausgeübte Rolle überprüft werden kann, muss der Versicherte einen aktuellen Handelskammerauszug, einen Auszug über die Firmengeschichte oder andere geeignete Dokumentation beibringen.

3. Die Schadensmeldung muss vollständig, wahrheitsgemäß und von geeigneten Unterlagen und allen verfügbaren Beweismitteln begleitet sein, die eine detaillierte Rekonstruktion des Streitfalles ermöglichen. **Wird diese Vorgabe nicht erfüllt, kann die Gesellschaft nicht für eventuelle Verspätungen bei der Bewertung der Versicherungsdeckung oder bei der Schadenbearbeitung sowie für eventuell eintretende Verjährungen oder Verwirkungen haftbar gemacht werden.**

4. Die Versicherungsleistung wird für Schadensfälle erbracht, die während der Laufzeit der Police entstanden sind und die der Gesellschaft innerhalb von 24 (vierundzwanzig) Monaten nach Beendigung der Police gemeldet werden. **Wird die vorliegende Police ohne Unterbrechung des Versicherungsschutzes im direkten Anschluss an eine vorherige Rechtsschutzpolice der Gesellschaft ausgestellt, so läuft die Frist für die Meldung von Versicherungsfällen, die während der Wirksamkeit der vorherigen Police aufgetreten sind, ab Beendigung der vorliegenden Police.**

Art. 9 – Schadenbearbeitung

1. Nach Erhalt der Schadensmeldung prüft **die Gesellschaft** zunächst die Versicherungsdeckung und die Möglichkeiten, die Ansprüche des Versicherten erfolgreich geltend zu machen, und **nimmt sodann die außergerichtliche Bearbeitung der Streitsache auf**, wobei sie auch Rechtsanwälte ihrer Wahl ernennt, um eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen.
2. Sollte dieser Versuch nicht gelingen, teilt der Versicherte der Gesellschaft die Beweiselemente und/oder die Argumente mit, auf denen der Prozess aufbauen soll, damit die Gesellschaft die Erfolgsaussichten prüfen kann. Fällt diese Bewertung positiv aus, wird die Schadenbearbeitung dem gemäß Art. 10 gewählten Rechtsanwalt übergeben.
3. **Die Gesellschaft behält sich das Recht vor, die Erfolgsaussichten einer Rechtsmitteleinlegung gegen ein ergangenes Urteils jeder Instanz zu bewerten, bevor sie die Deckung der Kosten für die nächste Instanz zusichert.**
4. **Die in der Police vorgesehenen Leistungen sind nur dann wirksam, wenn die Gesellschaft die Deckung der Kosten für eine vergleichsweise Regelung und/oder für die Ernennung der Parteigutachter im Voraus bestätigt hat.**
5. Bei Interessenskonflikt oder Uneinigkeit über die Schadenbearbeitung zwischen dem Versicherten und der Gesellschaft kann die Entscheidung einem Schiedsrichter übergeben werden, der nach Billigkeit entscheidet; dieser Schiedsrichter wird von den Parteien in gegenseitigem Einvernehmen oder, sofern keine Einigkeit erzielt wird, vom Präsidenten des gemäß Zivilprozessordnung zuständigen Landgerichts ernannt. Die Schiedskosten werden von jeder der Parteien zur Hälfte getragen, unabhängig vom Ausgang des Schiedsspruches. Alternativ dazu können die Gerichtsbehörden angerufen werden, nachdem der Mediationsversuch durchgeführt wurde.

Art. 10 – Freie Wahl des Rechtsanwalts für die gerichtliche Phase

1. Begrenzt auf die gerichtliche Phase und in jedem Fall, wenn eine strafrechtliche Verteidigung notwendig ist, hat der Versicherte das Recht, den Anwalt zur Verteidigung seiner Interessen frei zu wählen. **Der Rechtsanwalt muss am Ort der für den Rechtsstreit zuständigen Gerichtsbehörde oder am Wohnort des Versicherten ins Anwaltsverzeichnis eingetragen sein. Ist im zuletzt genannten Fall eine Domizilierung notwendig, liefert die Gesellschaft den Namen des Domiziliaten.**
2. Dem so festgelegten Anwalt muss der Versicherte auf jeden Fall ein reguläres Mandat zur Bearbeitung des Streitfalles erteilen.
3. **Bei Vorliegen eines Interessenskonflikts mit der Gesellschaft hat der Versicherte auf jeden Fall das Recht, seinen Anwalt frei zu wählen.**

Art. 11 – Beitreibung von Geldbeträgen, die von der Gesellschaft vorgestreckt wurden

Hat die Gesellschaft sie vorgestreckt, stehen ihr die Honorare und Kosten zu, die dem Versicherten aufgrund einer gerichtlichen Verfügung oder im Rahmen eines Vergleichs von der Gegenpartei erstattet werden. Immer dann, wenn eine Entschädigung gezahlt wird, behält die Gesellschaft sich die Ausübung des Eintrittsrechts vor.

Art. 12 – Örtlicher Geltungsbereich

Die Versicherungsleistungen gelten für Schadensfälle, die in einem der folgenden Länder eingetreten sind und dort den zuständigen Gerichtsstand haben:

- **in Europa oder in den außereuropäischen Mittelmeeranrainerstaaten**, wenn es um Strafverteidigung, um Freigabeverfahren für das beschlagnahmte Fahrzeug, um die Bevorschussung der Strafkautions, um den Beistand eines Dolmetschers, um Schadenersatzforderungen gegenüber Dritten und um die Abwehr außervertraglicher Ersatzansprüche Dritter geht;
- **in der italienischen Republik, in der Vatikanstadt und in der Republik San Marino**, wenn es um Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Sanktionen geht;
- **in den Ländern der Europäischen Union, in der Vatikanstadt, in der Republik San Marino, im Fürstentum Monaco, in der Schweiz und in Liechtenstein**, wenn es um die Beziehung der D&O-Haftpflichtversicherungsgesellschaft zum Rechtsstreit geht.

Art. 13 – Indexierung und Anpassung von Höchstbetrag und Prämie

1. Der Höchstbetrag und die entsprechende Prämie beruhen auf dem "Index der Verbraucherpreise der Arbeitnehmer- und Angestelltenhaushalte", der vom zentralen Institut für Statistik - ISTAT - in Rom veröffentlicht wird. Dabei gilt:
 - a) Ausgangsbasis und Grundlage für die Anpassung im Laufe eines jeden Kalenderjahres ist der Index des Monats September des Vorjahres;
 - b) ist bei Fälligkeit der Jahresprämie eine Veränderung nach oben oder unten im Vergleich zum Anfangsindex oder seinem Äquivalent zu verzeichnen, so werden der Höchstbetrag und die entsprechende Prämie proportional angehoben bzw. herabgesetzt;



- c) Anhebung oder Herabsetzung erlangen mit Fälligkeit der Jahresprämie Wirksamkeit.
2. **Sollten infolge der Indexveränderung der Höchstbetrag und die Prämie das Doppelte der anfangs festgelegten Beträge übersteigen, so können sowohl die Gesellschaft als auch der Versicherungsnehmer auf die Anpassung der Police verzichten, und der Höchstbetrag und die Prämie bleiben auf dem Stand der letzten Anpassung.**
3. Sollte die Veröffentlichung der Indizes verspätet erfolgen oder ausbleiben, so schlägt die Gesellschaft eine Anpassung entsprechend der allgemein bekannten Preisänderungen seit der zuletzt durchgeführten Anpassung vor.

Art. 14 – Prämienabrechnung

1. Die **jährliche Bruttoversicherungsprämie** wird auf der Grundlage der Anzahl der versicherten Personen, unterteilt nach Rollen festgelegt, die auf dem Deckblatt der Police angegeben sind.
2. Die **jährliche Bruttoprämie** wird vom Versicherungsnehmer für jede Versicherungsperiode folgendermaßen bezahlt:
- a) **in Form eines** provisorischen **festen Prämienanteils** bei Abschluss der Police und bei den folgenden Fälligkeiten der Versicherungszeiträume. **Dieser feste Anteil ist die Mindestprämie, die der Gesellschaft auf jeden Fall zusteht;**
- b) **der Saldo** wird nach Abrechnung der Prämie am Ende einer jeden Versicherungsperiode bezahlt, **auf der Grundlage der Anzahl der am Ende des betrachteten Zeitraums versicherten Personen.**
3. **Ist die bei der Saldoabrechnung festgelegte jährliche Bruttoversicherungsprämie geringer als der provisorisch bezahlte Betrag, so steht letzterer der Gesellschaft als Prämie für die Police auf jeden Fall zu. Das heißt, es findet keine Auszahlung negativer Differenzbeträge statt.**
4. **Um die Berechnung und Bezahlung des Prämienaldos zu ermöglichen, verpflichtet sich der Versicherungsnehmer:**
- a) **der Gesellschaft innerhalb von 30 (dreißig) Tagen nach Abschluss einer jeden Versicherungsperiode die Anzahl der versicherten Personen nach Rollen unterteilt schriftlich mitzuteilen;**
- b) **den geschuldeten Saldobetrag innerhalb von 30 (dreißig) Tagen nach Mitteilung der definitiven Prämie durch die Gesellschaft zu bezahlen.**
5. **Bei Nichteinhaltung der Fristen gemäß Punkt 4) des vorliegenden Artikels, wird die Bewertung und eventuelle Regulierung der Schäden:**
- **die in dem Jahr eingetreten sind, auf das sich die Abrechnung bezieht**
 - **und die nach Ablauf der in Punkt 4 Buchstabe a) festgelegten Fristen gemeldet werden,**
- bis 24 (vierundzwanzig) Uhr des Tages ausgesetzt, an dem der Versicherungsnehmer seine eventuellen Prämien schulden gleicht.**
6. **Ist der definitiv bezahlte Prämienaldo höher als 50% (fünfzig Prozent) des zu Beginn bezahlten festen und provisorischen Anteils, so müssen zur automatischen Neuberechnung des festen und provisorischen Anteils für das Folgejahr die beim Saldo mitgeteilten Risikoelemente verwendet werden. Der neue Betrag gilt ab der ersten Jahresfälligkeit, die auf die Neuberechnung folgt.**
7. **Die Gesellschaft behält sich das Recht vor, die vom Versicherungsnehmer zur Prämienberechnung gelieferten Daten zu prüfen und zu kontrollieren (z.B. durch Einsichtnahme in das Arbeitsbuch oder durch Handelskammerauszüge, Auszüge über die Firmengeschichte).**
- Der Versicherungsnehmer ist verpflichtet, auf eine einfache schriftliche Anfrage hin, die notwendigen Klärungen, Informationen und Unterlagen zu liefern.**
8. **Wenn sich bei der Schadenbearbeitung zeigt, dass bei Abschluss der Police oder bei Prämienabrechnung für das Vorjahr der Wert der versicherten Sache untersichert wurde, zahlt die Gesellschaft die Beträge gemäß Art. 1 im Verhältnis dazu, in teilweiser Abweichung zu Art. 1907 des italienischen ZGB.**

Art. 15 – Versicherte

1. Die in Art. 1 aufgeführten Kosten werden zum Schutz der Rechte des Versicherungsnehmers und der Verwaltungsratsmitglieder, Kontrollräte, Wirtschaftsprüfer, Mitglieder des Aufsichtsorgans, Manager, Führungskräfte, Sonderbevollmächtigte, Datenschutzbeauftragte und Verantwortliche für Schutz und Prävention, **die auf dem Deckblatt der Police angegeben sind, ausschließlich im Zusammenhang mit ihrer für den Versicherungsnehmer bei der Ausübung ihrer Ämter bzw. in der versicherten Rolle geleisteten Tätigkeit** abgedeckt.
2. Die Anzahl der auf dem Deckblatt genannten Versicherten muss alle Personen umfassen, die beim Versicherungsnehmer die jeweilige Rolle bekleiden.
3. Bei Streitigkeiten zwischen Versicherten, die mit derselben Police versichert sind, werden die Versicherungsleistungen ausschließlich zugunsten des Versicherungsnehmers erbracht.

Art. 16 – Wirksamkeit der Police und versicherte Leistungen

Die in Art. 1 aufgeführten Rechtsschutzkosten sind für folgende Leistungen versichert.



Rechtsschutz Unternehmenstätigkeit

Die folgenden Leistungen werden den Versicherten für Streitigkeiten anerkannt, die im Rahmen der unternehmerischen Tätigkeit und der für den Versicherungsnehmer ausgeübten Aufgaben aufgetreten sind.

1. **Verteidigung in Strafverfahren wegen Fahrlässigkeitsdelikten und wegen Zuwiderhandlungen.**
2. **Verteidigung in Strafverfahren wegen Vorsatzdelikten, einschließlich Verstöße in Steuer- und Verwaltungssachen, sofern die Versicherten mit einem rechtskräftigen Beschluss freigesprochen werden (Art. 530 Absatz 1 der italienischen Strafprozessordnung) oder sofern die Anklage von Vorsatz auf Fahrlässigkeit umformuliert wird oder bei Einstellung des Verfahrens wegen Unbegründetheit der Straftatmitteilung oder mangels strafbarem Tatbestand.** Ausgeschlossen ist die Straftatlöschung aus jeglichem anderen Grund.
Unbeschadet der Pflicht der Versicherten, den Versicherungsfall bei Beginn des Strafverfahrens zu melden, streckt die Gesellschaft dem Versicherungsnehmer, solange ein rechtskräftiges Urteil noch aussteht, die Anwaltskosten bis zu einem Höchstbetrag von € 5.000,00 (fünftausend) / 10.000,00 (zehntausend) / 15.000,00 (fünfzehntausend) vor. Falls das letztendliche Urteil, auch nach Einstellung und anschließender Wiederaufnahme des Verfahrens, nicht auf Freispruch oder Abstufung des Deliktes von Vorsatz auf Fahrlässigkeit lautet, ist der Versicherte verpflichtet, alle von der Gesellschaft eventuell vorgestreckten Anwaltskosten zu erstatten.

Die Versicherungsleistungen gemäß der Punkte 1 und 2 wirken auch, um die Freigabe von Gütern zu erhalten, die dem Versicherungsnehmer gehören und die im Rahmen von Strafverfahren beschlagnahmt wurden, sofern die besagten Güter für die Fortsetzung der Unternehmenstätigkeit unverzichtbar sind.

3. Sicherheitspaket. Die Verteidigung in Strafverfahren wegen Fahrlässigkeitsdelikten oder Zuwiderhandlungen und die Einlegung von Einspruch / Rechtsmitteln gegen verwaltungsbehördliche Verfügungen – sofern nicht Geldstrafen **unter € 250,00 (zweihundertfünfzig)** verhängt werden – in Fällen von Beanstandung einer Nichteinhaltung der im Folgenden genannten gesetzlichen Bestimmungen, einschließlich nachfolgender Änderungen oder ergänzender Bestimmungen und Regelungen:

- **Gesetzesverordnung 81/2008 und Gesetzesverordnung 106/2009** zum Thema **Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz, begrenzt auf die Tätigkeiten, die beim Versicherungsnehmer durchgeführt werden;**
- **Gesetzesverordnung 193/07** zum Thema **Sicherheit von Lebensmitteln;**
- **Gesetzesverordnung 152/06** zum Thema **Umweltschutz.** Der Versicherungsschutz gilt auch für nicht zufällige Ereignisse, die eine Umweltverschmutzung verursacht haben;
- **Gesetzesverordnung 196/03** zum Thema **Datenschutz, auch für die Verteidigung vor dem Garanten im Falle von Reklamationen, Meldungen und Eingaben;**
- **Gesetzesverordnung 231/2001** zum Thema **Amtshaftung von Gesellschaften.**

Die versicherte Leistung schützt die Rechte des Versicherten auch in seiner Eigenschaft als gesetzlicher Vertreter.

Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf Versicherungsfälle, **die innerhalb einer Frist von 24 (vierundzwanzig) Monaten auftreten, nachdem die Versicherten die im vorliegenden Artikel aufgeführten Aufgaben/Funktionen niedergelegt haben oder aus dem versicherten Unternehmen ausgeschieden sind.**

4. **Beantragung von Schadenersatz** für Schäden aus unerlaubter Handlung Dritter, auch im Falle von Beitritt als Nebenkläger im Rahmen von Strafverfahren zu Lasten der Gegenpartei.
5. **Streitigkeiten zur Abwehr außervertraglicher Schadenersatzforderungen Dritter** gegenüber den Versicherten infolge unerlaubter Handlungen der Versicherten. **Der Versicherungsschutz wirkt im Zweirisiko, d.h. nachdem die Pflichten des Haftpflichtversicherers für Abwehr- und Unterliegenskosten in den Fällen, die durch die Haftpflichtversicherungspolice abgedeckt sind, erfüllt wurden. In allen anderen Fällen, d.h. wenn keine Haftpflichtversicherungspolice besteht oder wenn die bestehende nicht wirksam ist oder wenn sie aus irgendeinem Grund die Abwehrkosten nicht teilweise oder ganz übernimmt, ist die vorliegende Leistung nicht wirksam.**
6. **Beziehung zum Rechtsstreit der Haftpflichtversicherungsgesellschaft, mit welcher der Versicherungsnehmer die Police zum Schutz des Privatvermögens (D&O) der Personen abgeschlossen hat, die mit der vorliegenden Police versichert sind, mit einer Obergrenze von € 1.000,00 (eintausend).**
Der Versicherte verpflichtet sich, von der Gesellschaft vorgestreckte Anwalts- oder Gutachterkosten zu erstatten, falls sich nach der Bezahlung herausstellt, dass die Haftpflichtversicherungspolice nicht aktiviert werden konnte, weil die



Prämie nicht bezahlt und/oder nicht angepasst wurde, oder weil der Schaden dem Haftpflichtversicherer nach Ablauf der Verjährungsfristen gemeldet wurde.

Verkehrsrechtsschutz

Die folgenden Leistungen werden den Versicherten im Zusammenhang mit Ereignissen im Straßenverkehr mit betriebseigenen oder privaten Fahrzeugen anerkannt, wenn der Versicherte im Auftrag des Versicherungsnehmers unterwegs war.

1. **Beantragung von Schadenersatz** für Schäden aus unerlaubter Handlung Dritter. Der Versicherungsschutz wird mit einem Höchstbetrag von € 100.000,00 (einhunderttausend) pro Schadensfall und ohne Jahreshöchstgrenze gewährleistet:

- für Versicherungsfälle mit Personenschäden mit mehr als 9 Invaliditätspunkten, die sich in Italien ereignen;
 - für alle Versicherungsfälle mit Personenschäden, die sich in Europa (mit Ausnahme von Italien) oder in den außereuropäischen Mittelmeeranrainerstaaten ereignen, sofern der zuständige Gerichtsstand in diesen Ländern liegt.
- Die Leistung aus Punkt 1 gilt auch bei Beanstandungen wegen Fahren unter Einfluss von Alkohol.

2. **Strafverteidigung** wegen Fahrlässigkeitsdelikten oder Zuwiderhandlungen.

Werden dem Fahrer die Straftaten Tötung im Straßenverkehr oder schwere bzw. schwerste Körperverletzung im Straßenverkehr zur Last gelegt, ist die Strafverteidigung mit folgenden Höchstbeträgen pro Versicherungsfall und ohne Jahreshöchstgrenze versichert: € 100.000,00 (einhunderttausend).

In teilweiser Abweichung von den Bestimmungen aus Art. 18 Buchstabe q) wird der Versicherungsschutz auch dann gewährt, wenn dem Versicherten das Fahren unter Alkoholeinfluss vorgeworfen wird, allerdings nur bis zu einer Blutalkoholkonzentration von 0,8 g/l.

Ist die gemessene Blutalkoholkonzentration höher als 0,8 g/l, wirkt der Versicherungsschutz nur im Falle von Freispruch des Versicherten mit einem rechtskräftigen Urteil des Strafgerichts.

3. **Freigabeverfahren für das Fahrzeug.** Beistand in Freigabeverfahren für das Fahrzeug, wenn es infolge eines Verkehrsunfalls beschlagnahmt wurde.

3.1 In teilweiser Abweichung von den Bestimmungen aus Art. 18 Buchstabe q) wird der Versicherungsschutz auch dann gewährt, wenn dem Versicherten das Fahren unter Alkoholeinfluss vorgeworfen wird, allerdings nur bis zu einer Blutalkoholkonzentration von 0,8 g/l.

3.2 Ist die gemessene Blutalkoholkonzentration höher als 0,8 g/l, wirkt der Versicherungsschutz nur im Falle von Freispruch des Versicherten mit einem rechtskräftigen Urteil des Strafgerichts.

4. **Bevorschussung der Strafkautions.** Die Bevorschussung durch die Gesellschaft, bis zu einem in lokaler Währung gleichwertigen Maximalbetrag von € 15.000,00 (fünfzehntausend), der Strafkautions im Falle von Verhaftung, Haftandrohung oder sonstigen, die persönliche Freiheit einschränkenden Maßnahmen, die aufgrund strafrechtlicher Verantwortung im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall im Ausland verhängt wurden.

Der Vorschuss wird gewährt, wenn angemessene Sicherheiten für die Rückerstattung des vorgeschossenen Betrages vorgewiesen werden; der Betrag ist innerhalb 1 (eines) Monats nach Auszahlung an die Gesellschaft zurückzuerstatten.

5. **Beistand eines Dolmetschers bei Unfall im Ausland.** Die Unterstützung durch einen Dolmetscher bei Verhör, im Falle von Verhaftung oder sonstigen, die persönliche Freiheit einschränkenden Maßnahmen, die aufgrund strafrechtlicher Verantwortung im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall im Ausland verhängt wurden.

6. **Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Sanktionen.** Die Einlegung von Einspruch, in jedem Rang und jeder Instanz, gegen eine verwaltungsrechtliche Zusatzstrafe wie Führerscheinentzug, -suspendierung oder -widerruf, die infolge eines Verkehrsunfalls und im Zusammenhang mit diesem verhängt wurde.

Weiter ist der Einspruch gegen verwaltungsrechtliche Geldstrafen versichert, sofern sie infolge eines Verkehrsunfalls verhängt wurden.

Auf Antrag des Versicherten übernimmt die Gesellschaft die Abfassung und Einreichung des Einspruchs.

Der Versicherte muss der Gesellschaft innerhalb von 5 (fünf) Tagen nach der Zustellung die Verfügung im Original zukommen lassen.



In teilweiser Abweichung von den Bestimmungen aus Art. 18 Buchstabe q) wird der Versicherungsschutz auch dann gewährt, wenn dem Versicherten das Fahren unter Alkoholeinfluss vorgeworfen wird, allerdings nur bis zu einer Blutalkoholkonzentration von 0,8 g/l.

Ist die gemessene Blutalkoholkonzentration höher als 0,8 g/l, wirkt der Versicherungsschutz nur im Falle von Freispruch des Versicherten mit einem rechtskräftigen Urteil des Strafgerichts.

Art. 17– Zusatzbedingungen

Die Zusatzbedingungen gelten nur, wenn es ausdrücklich auf dem Titelblatt der Police angegeben ist und wenn der entsprechende Prämienzuschlag bezahlt wurde.

RÜCKWIRKENDE KRAFT

In Abweichung von Art. 4 wirkt der Versicherungsschutz rückwirkend für strafrechtliche Streitigkeiten wegen Vorsatz, Fahrlässigkeit und Zuwiderhandlungen sowie, falls die Zusatzbedingung Amtshaftung erworben wurde, auch für die Amtshaftung bei Verfahren, die vor dem Rechnungshof angestrengt werden, für Ereignisse, die sich bis zu **1 (einem) Jahr / 2 (zwei) Jahren / 3 (drei) Jahren / (vier) Jahren / 5 (fünf) Jahren** vor Inkrafttreten des Vertrages ereignet haben.

Das gilt nur, wenn der Versicherte erst nach Abschluss der Police von den Ermittlungen gegen sich erfährt.

Hat der Versicherungsnehmer vor dem vorliegenden Vertrag die Unterschrift und die Prämienzahlung für eine Rechtsschutzpolice geleistet, die Schadensmeldungen im Folgejahr nach Beendigung des Vertrages vorsieht, so verpflichtet sich der Versicherungsnehmer, vor Abschluss des vorliegenden Vertrages aufgetretene Schäden auch der Gesellschaft zu melden, bei der er vorher versichert war.

Der vorliegende Versicherungsschutz wirkt für Streitigkeiten wegen Vorsatz nur, wenn das Urteil auf Freispruch lautet bzw. wenn eine Abstufung auf Fahrlässigkeit erfolgt.

Sollte infolge des Erwerbs der vorliegenden Zusatzbedingung ein Schaden durch mehrere, vom Versicherungsnehmer mit der Gesellschaft abgeschlossene Policen für dasselbe Risiko abgedeckt werden können, ist die vorliegende Zusatzbedingung wirkungslos.

AMTSHAFTUNG

Der Versicherungsschutz gilt bei Amtshaftung für Verfahren, die vor dem Rechnungshof angestrengt werden. Versichert sind die Kosten für die Verteidigung in Verfahren und bei Klagen gegenüber dem Versicherten im Zusammenhang mit der Amtshaftung, sofern kein Dritter verpflichtet ist.

Die Gesellschaft erstattet auch die eventuell in der einleitenden Phase des Verfahrens angefallenen Kosten. Der Versicherungsschutz wirkt bereits vor Ausstellung der Ladung mit Klageerhebung, bei Aufforderung zur Beweisführung, einer persönlichen Anhörung und einer Beschlagnahme als Sicherstellungsverfahren.

Werden die Anwaltskosten im Urteil festgelegt, so erstattet die Gesellschaft den dort angegebenen Betrag.

Unbeschadet der Pflicht des Versicherten, den Schadensfall mit den in obigem Art. 8 beschriebenen Modalitäten zu melden, streckt die Gesellschaft auf einen begründeten Antrag hin die Anwalts- und/oder Gutachterkosten, bis zu maximal € 5.000,00 (fünftausend) vor, solange ein rechtskräftiges Urteil noch aussteht.

Der Versicherte verpflichtet sich, der Gesellschaft jeden eventuell vorgestreckten Betrag zu erstatten, falls ihm gegenüber mit einem rechtskräftigen Urteil Elemente der Haftung wegen Vorsatz festgestellt werden.

EINSPRUCH GEGEN VERWALTUNGSRECHTLICHE SANKTIONEN

Der vorliegende Versicherungsschutz gilt gegenüber dem Versicherungsnehmer, der gegen eine verwaltungsrechtliche Sanktion, die im Zusammenhang mit der in der Police genannten Tätigkeit verhängt wurde, eine Beschwerde im Aufsichtsweg oder einen Einspruch beim zuständigen ordentlichen Gericht erster Instanz einreichen muss.

Im Falle verwaltungsrechtlicher Geldstrafen gilt der Versicherungsschutz, wenn die für den alleinigen Verstoß verhängte Strafe mindestens € 1.000,00 (eintausend) beträgt.

Ausgeschlossen sind außerdem Sanktionen für Verstöße gegen Bestimmungen über die Bezahlung von Gebühren, Abgaben, Steuern und Vergütungen für öffentliche Dienstleistungen.

Art. 18 – Ausschlüsse

Sofern nichts Anderweitiges vorgesehen ist, gilt der Versicherungsschutz nicht:

- a) für familien-, erb- oder schenkungsrechtliche Streitigkeiten;
- b) für steuer- und verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten;
- c) für Ereignisse, die in ursächlichem Zusammenhang mit öffentlichen Aufständen, inneren Unruhen, Krieg, Terrorakten,



- Vandalismus, Erdbeben, Streik und Aussperrung, Besitz oder Verwendung radioaktiver Substanzen stehen, sowie für Ereignisse in ursächlichem Zusammenhang mit erklärten Naturkatastrophen oder entsprechenden Alarmzuständen;
- d) für Streitigkeiten um Patent-, Marken-, Urheber-, Exklusivrechte oder unlauteren Wettbewerb;
 - e) für die Bezahlung von Geldstrafen, Geldbußen und Sanktionen im Allgemeinen;
 - f) für Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Verkehrsteilnahme, dem Eigentum oder dem Lenken von Wasserfahrzeugen oder Luftfahrzeugen;
 - g) für nicht zufällige Ereignisse der Umweltverschmutzung;
 - h) bei Vorsatzdelikten der versicherten Personen;
 - i) für Streitigkeiten zwischen Versicherten;
 - j) für Sachverhalte im Zusammenhang mit Fusionen, Veränderungen oder
 - k) Umstellungen von Gesellschaften;
 - l) für Vertragsstreitigkeiten mit Kunden wegen Nichterfüllung einer der Parteien bezüglich Dienstleistungen oder Warenlieferungen, die vom Versicherungsnehmer im Rahmen seiner Tätigkeit erbracht werden;
 - m) für Kaufverträge für und Inzahlungnahme von Immobilien;
 - n) für Streitigkeiten über Miete, Eigentum, Verwendung und Werklieferungs- oder Weitervergabeverträge im Zusammenhang mit der Restaurierung und Sanierung, der Umstrukturierung und dem Neubau von Gebäuden, einschließlich der damit zusammenhängenden Verträge über die Lieferung und den Einbau von Material oder Anlagen;
 - o) für Streitigkeiten aus der Ausübung des Ärzteberufs oder anderer Heilnebenberufe oder aus der Erbringung von Fürsorge-/Pflegeleistungen;
 - p) bei Beitritt zu einer Sammelklage (class action);
 - q) für Streitigkeiten mit der Gesellschaft;
 - r) bei Verstoß gegen die Bestimmungen, die das Fahren unter Einfluss von Alkohol oder Drogen verbieten, oder gegen die Bestimmungen bezüglich unterlassenem Anhalten und unterlassener Hilfeleistung;
 - s) wenn der Fahrer sich weigert, sich den Untersuchungen zu unterziehen, die bei Trunkenheit am Steuer vorgesehen sind;
 - t) für Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Sammlung, Verwertung, Beseitigung, Bergung, Sanierung von Abfällen oder anderen, mit der Abfallwirtschaft verbundenen Leistungen;
 - t) für Streitigkeiten mit der Bank, die den vorliegenden Vertrag vermittelt.

